

Wöchentlich 53 Pf., monatlich 1,50 M., im Voraus zahlbar, Volksausg. 4,32 Pf., einschließlich 60 Pf. Postspesen u. und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Woll und Seid“ und „Kinderfreund“, Bremer „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Tisch“, „Kist“ in die „Ruhewelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konpareille 60 Pfennig, Restante alle 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des eigendruckte Wort 25 Pfennig (täglich zwei freigebrachte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeluche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 293-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wollfr. 65 Postkonto-Gesellschaft, Postkassenkonto Lindenstr. 3

## Die Konferenz in der Sadgasse.

### Keiner will mit der Sprache heraus. — Zeichen der Ungeduld.

Paris, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Die Schwierigkeiten, auf die die Reparationskonferenz nach der Beendigung der Generaldebatte gestoßen ist, sind bisher nicht überwunden. Ihre Verhandlungen sind seit Ende der vergangenen Woche nicht mehr vom Fleck gekommen und die Programmkommission, die man eingeseht hat, um das festgefahrene Schicksal wieder flott zu machen, bemüht sich seit zwei Tagen vergebens, die ins Stocken gezatene Diskussion wieder in Gang zu bringen. Da Dr. Schaht und der englische Hauptdelegierte Stamp sich über die einschlägige Prozedur nicht einig zu werden vermochten, hat man das Programmkomitee durch Zustimmung von je einem Franzosen, Holländer und Belgier erweitert mit dem Ergebnis, daß nunmehr jedes seiner fünf Mitglieder der Konferenz einen eigenen Programmentwurf für die Fortführung der Arbeiten unterbreitet hat. Die Konferenz hat darüber am Mittwoch morgen 1 1/2 Stunden beraten. Da eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, mußte die Debatte am Nachmittage fortgesetzt werden, ohne daß die Erfolgsaussichten wesentlich gestiegen wären.

Konkret gesehen, sind es lediglich Fragen der Prozedur, um die sich augenblicklich die Diskussion dreht. In Wirklichkeit aber handelt es sich hier um eine Fassade, hinter der sich sehr viele

schwerwiegende sachliche Meinungsverschiedenheiten

verbergen. Woran die Konferenz krankt, ist, daß sie es bisher nicht gewagt hat, das Thema selbst anzuschneiden und daß alle Delegationen seit über einer Woche wie die Kage um den

heiken Brei herumtscheichen. Jede möchte, daß die andere die Initiative ergreift, und wenn man heute über die Frage verhandelt, wie weit es zweckmäßig ist, Unterkommissionen einzusetzen und wie viele solcher Kommissionen erst notwendig sein werden so sind das lediglich taktische Manöver bei denen jede einzelne der sieben Delegationen nur das Ziel verfolgt, die andere zum Reden zu bringen. Bisher hat auch diese reichlich sterile Auseinandersetzung die freundliche Atmosphäre der Konferenz nicht zu trüben vermocht. Immerhin machen sich bereits, namentlich bei den Amerikanern und den Franzosen,

sichtliche Zeichen der Ungeduld

bemerkbar. Man operiert bereits wieder mit der These, daß die Konferenz auf die Initiative Deutschlands hin einberufen worden sei und es demgemäß nunmehr Sache der deutschen Delegation sei, ihr durch konkrete Zahlungsanordnungen eine greifbare Verhandlungsbasis zu schaffen. Die deutschen Experten, die in dieser Kontroverse keinen leichten Stand haben, scheinen sich einzuweisen mit dem Argument zu behaupten, daß die Höhe der deutschen Zahlungen nicht auf dem Wege des Aushandels von Forderungen und Gegenvorschlägen festgelegt werden, sondern nur auf Grund der effektiven Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft berechnet werden kann und daß dies nur möglich sei, wenn alle damit zusammenhängenden Probleme in gründlicher Vorarbeit durch die Unterkommissionen geklärt seien.

Einstweilen ist noch nicht abzusehen, wie die Konferenz aus der Sadgasse einen Ausweg finden wird.

## Kurt Eisner.

### Zum 10. Jahrestag seiner Ermordung.

Heute vor zehn Jahren fiel der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner unter den Schüssen des 22jährigen Studenten Grafen Arco-Valley. Er war auf dem Wege zum Landtag, um dort den Rücktritt seiner Regierung zu erklären und den Weg zu einem organischen Wiederaufbau des bayerischen Staatslebens zu öffnen. Die Tat des jugendlichen, durch eine verlogene Nordhege aufgestachelten Studenten, zerstörte diese hoffnungsvolle Entwicklung. Bahnsinn antwortete dem Bahnsinn: eine Stunde später knallten im Landtag die Schüsse des Kommunisten Lindner, die den Major von Jareiß und den Abgeordneten Dief lödeten, den Minister Erhart Auer schwer verletzten. Räteherrschaft und weißer Terror folgten.

Dem Revolutionär Kurt Eisner, dem ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, hat Felix F e c h e n b a c h eine Schrift gewidmet, die soeben im Dieb-Verlag erschienen ist und die eine wertvolle Bereicherung der jüngsten deutschen Geschichte darstellt.

Uns gezehmt es, an diesem Tage auch des großen Journalisten zu gedenken, der in den Jahren 1897 bis 1905 dem „Vorwärts“ politisches Ansehen und literarischen Glanz verlieh. Auch seine Geschichte verdient geschrieben zu werden. Fällt doch aus ihr auf spätere Entwicklungen so manches Licht.

Eisner, Sohn bürgerlicher Eltern, hatte Philosophie studiert und war von Kant zu Marx gekommen. Man hat ihn deshalb auch einen „ethisch-ästhetischen“ Sozialisten genannt und ihn auch als „Revisionisten“ abgestempelt verurteilt. Er selbst hat jede derartige Bezeichnung abgelehnt, nicht etwa aus Gründen taktischer Vorsicht — er hatte wie nur einer den Mut seiner Überzeugung — sondern weil sie den Kern seines Wesens nicht traf. Er urd die ihm Gleichgesinnten der damaligen Zeit wollten sich nicht in eine Richtung oder Schule einschachteln lassen. Will man aber durchaus für ihr politisches Streben eine zusammenfassende Bezeichnung finden, so könnte man am besten von einem „aktivistischen Reformismus“ sprechen.

Auf dem linken Flügel der Partei, bei Rosa Luxemburg und Franz Mehring, war für Eisner kein Platz. Ihn dort zu suchen, hätten theoretische Meinungsverschiedenheiten ihn kaum gehindert. Aber die Richtung Luxemburg-Mehring war mehr auf das Prophezeien und Abwarten als auf das unmittelbare praktische Handeln gestellt. Sie war im Prinzip revolutionär, erwartete aber die Revolution erst von einer unbestimmten Zukunft als eine gleichsam mechanische Folge der kapitalistischen Entwicklung. Für die Gegenwart hatte sie kaum ein anderes Programm als das der prinzipiellen Aufklärung und der geistigen Vorbereitung auf einen künftigen geschichtlichen Augenblick.

Gerade dieses Moment der Bewußtlosigkeit, das dem damaligen sogenannten „Radikalismus“ anhaftete, war es, das Eisner auf das heftigste abtief. Es widersprach seinem Temperament, seiner bei Kant erworbenen, auf das Handeln eingestellten Weltanschauung. Mut zur Tat schien ihm die erste Pflicht des Sozialisten. Daß man „Revolutionen nicht machen kann“, wußte auch er, doch an die Notwendigkeit, zu warten, bis Gottes Finger winkte, glaubte er nicht. Ihm galt es, an jedem Tag und zu jeder Stunde in der Richtung zur Demokratie und zum Sozialismus das Maximum dessen zu leisten, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war. So billigte er im Gegensatz zu manchen anderen Parteigenossen den Terrorismus der russischen Sozialrevolutionäre als das einzige zweckdienliche Mittel im Kampfe gegen den Zarismus, er hatte aber aus denselben Gründen auch für den „Ministerialismus“ in der französischen Sozialistenpartei Verständnis. Die Bewilligung der Staatshaushalte in den süddeutschen Landesparlamenten durch die sozialdemokratischen Abgeordneten schien ihm keine Sünde gegen das Prinzip.

Gegen Preußen, das Land der Polizeireaktion und des Dreiklassenwahlsystems, empfand er, der geborene Berliner, die stärkste Abneigung. Er liebte das Frankreich der Großen Revolution, er liebte Napoleon, er liebte Süddeutschland, besonders Bayern, weil dieses Land ganz unpreußisch war — es war einmal — verhältnismäßig demokratisch war. Daß er nach seinem Sturz vom Berliner Redaktionsstuhl in Bayern eine neue Stätte seines politischen Wirkens suchte, war kein Zufall. Es war vielleicht eine unglückliche Liebe und es mag zur Tragik seines Schicksals gehören, daß er nicht so, wie er wollte, in bayerischen Weisen einzuwurzeln konnte, aber sicher war diese Liebe aufrichtig. Später wurde sie sogar zu einem Hemmnis auf dem Wege zur deutschen Einheitsrepublik. In dieser zu Tode gehetzte „Landesverräter“ war nicht nur ganz selbstverständlich ein guter Deutscher, sondern auch ein bayerischer Patriot.

Solange er in Berlin weilte, und noch darüber hinaus, war ihm der Kampf gegen die preussische Reaktion Lebensaufgabe. Die Befreiung der Demokratie war bei ihm so eindeutig und unbedingt, daß er, ohne einen Bruch in seinem ganzen Wesen zu vollziehen, ihr nicht untreu wer-

## Vertagung des Parteitag?

### Ein Antrag der Magdeburger Organisation. — Grund: Hochwassergefahr.

Der Parteiauschuß der Sozialdemokratischen Partei tritt am Freitag zusammen. Er wird sich unter anderem mit der Frage einer Vertagung des Parteitags beschäftigen.

Das örtliche Parteitagskomitee von Magdeburg hat dem Parteivorstand eine Vertagung vorgeschlagen. Die Magdeburger „Volksstimme“ gibt dazu die folgende Begründung:

„Zum 10. März ist der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach Magdeburg einberufen. Von diesem Tage trennen uns keine drei Wochen mehr, aber noch immer herrscht ein außerordentlich harter Winter mit ganzer Gewalt. Wir waren auf einen solchen Winter gar nicht gerüstet, wir konnten es nicht sein, denn seit Menschengedenken gab es keine Frostperiode von dieser Beständigkeit und Intensität. All unsere Abwehrmittel erwiesen sich als unzulänglich. Die Wasserleitungen sind nicht nur in den Hausrohren eingefroren, sondern auch in der Erde. In allen Wohnungen, in der Schule, in den Betrieben fehlt das Heizmaterial. Die Schufen mußten geschlossen, Betriebe stillgelegt werden. Die Kälte hat große wirtschaftliche Not über weite Kreise gebracht.“

Wenn das Wetter in den nächsten Tagen umschlagen sollte, dann bedeutet das noch nicht Wärme und Erholung von den bösen Folgen der Frostwachen, sondern zunächst noch andere Schwierigkeiten. Der Schnee und der Frost aus der Erde wird so bald nicht verschwinden und die Erde wird noch wochenlang in ihrem Eispanzer liegen. Es besteht aber die Gefahr, daß darüber hinweg die Fluten eines Frühlingshochwassers von gewaltiger Mächtigkeit toben.

Die außerordentlichen klimatischen Verhältnisse mit all ihren Begleiterscheinungen und Folgen haben die Frage entstehen lassen, ob es überhaupt möglich ist, am 10. März den Parteitag stattfinden zu lassen. Viele Funktionäre der Partei haben dem Magdeburger Parteitagskomitee nahegelegt, dem Parteivorstand eine Verschiebung des Parteitags vorzuschlagen. Sie gehen besonders von dem Gesichtspunkt aus, daß in Magdeburg eben nicht nur ein Kongreß von Delegierten, sondern wirklich das große Parteitreffen stattfinden soll, das der Stiefel unserer Partei im Magdeburger Bezirk und den angrenzenden Bezirken entspricht.

Es ist hierzu mitzuteilen, daß vom Parteitagskomitee ein solcher Vorschlag dem Parteivorstand gemacht wurde.

Über die Frage einer Verschiebung des Parteitags auf den Mai wird der Parteiauschuß am Freitag beraten.

## Besprechungen in Preußen.

### Stefemann bei Otto Braun.

Das Edz.-Bureau teilt mit: Die für Mittwoch erworbene Besprechung zwischen dem Führer der Bundtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, dem Abg. Stendel, und Dr. Heß vom Zentrum, hat, wie wir hören, noch nicht stattgefunden.

Es wurden jedoch am Mittwoch in der Koalitionsfrage Besprechungen gepflogen, an denen auch Ministerpräsident

Braun teilgenommen hat. Ueber den Inhalt wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Wie verlautet, soll sich ein Weg gefunden haben, der der Volkspartei den Eintritt in die Regierung möglich zu machen geeignet sein könnte.

Auch der Parteivorstand des Zentrums, Kaas, war am Mittwoch im Landtag erschienen, um den vom Zentrum für die Koalitionsverhandlungen bestimmten Abgeordneten Dr. Heß über die Stellung des Zentrums zu informieren.

## Der desavouierte Botschafter.

### Chamberlain gegen eine neue Seeabrüstungskonferenz.

London, 20. Februar.

Im Unterhaus machte Chamberlain folgende Mitteilung: Die Erklärung des britischen Botschafters in Washington über die Möglichkeit einer Anregung der britischen Regierung zu einer neuen Beratung über die Rüstungen zur See nach den allgemeinen Wahlen ist nicht auf Weisung der britischen Regierung abgegeben worden. (1) Diese beabsichtigt nicht, eine Konferenz in dieser Angelegenheit einzuberufen. Sie prüft alle Fragen, die unsere Beziehungen zu Amerika und die Lage beider Länder zur See treffen. Sobald die Regierung diese Prüfung abgeschlossen haben wird, werden die britischen Dominions um ihre Ansicht befragt werden. Die Erklärung des britischen Botschafters war richtig, (2) aber die Regierung war gezwungen, öffentlich eine Erklärung abzugeben, um irrtige Schlussfolgerungen (3) richtigzustellen.

Hoffentlich wird der Botschafter Sir Come Howard, der so rücksichtslos desavouiert worden ist, insofern recht behalten, als nach den englischen Wahlen eine andere Regierung am Ruder sein wird, die die Abrüstungsfragen fördern wird anstatt sie, wie die jetzige konservative Regierung, zu sabotieren.

## Tatarenachrichten über Macdonald.

London, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Der „Daily Express“, ein konservatives Blatt, das von Sensationen lebt, hatte in der Mittwochmorgenausgabe in großer Zustimmung die Meldung gebracht, daß Ramsay Macdonald, der Führer der britischen Arbeiterpartei, im Falle eines Wahlsieges aus Gesundheitsgründen außerstande sein werde, den Posten eines Ministerpräsidenten zu übernehmen. Das Blatt hat hieran alle möglichen Kombinationen über Macdonalds Nachfolge in der Führung der Arbeiterpartei getrübt. Angesichts der Tatsache, daß derartige Nachrichten erfahrungsgemäß ins Ausland kommen und dort Glauben finden, hat der Führer der britischen Arbeiterpartei den Londoner Korrespondenten des „Sozialistischen“ ermächtigt, diese Mitteilungen zu demontieren. Macdonald beruht, daß er sich noch niemals in seinem Leben in besserer Form befunden habe wie gegenwärtig und daß die Sensationsnachrichten vermutlich darauf zurückzuführen seien, daß er in Folge von Zahnschmerzen in den letzten Tagen verhindert gewesen sei, im Unterhaus zu sprechen.



den konnte. Fischenbach befähigt in seiner Schrift, daß Eisner auch in seiner bayerischen Ministerpräsidentenzeit und bis zu seinem Tode ein grundsätzlicher Demokrat geblieben ist.

Der Kampf gegen die preussische Reaktion konnte nicht aufgehoben werden, bis einmal der große Tag der Generalabrechnung da war. Er konnte nicht rasch genug aufgenommen, kein Tag für ihn durfte versäumt werden, jedes jüdisch erlaubte Mittel war recht, wenn es nur Erfolg versprach. Den preussischen Dreiklassenlandtag durfte man nicht „verfaulen“ lassen, wie es die Linke wollte, man mußte sich auch unter dürrigsten Aussichten auf Erfolg an den Wahlen beteiligen und in ihn eindringen. Ein Wahlbündnis mit den Liberalen konnte die Aussichten verbessern. Auf der anderen Seite aber werden auch die belgischen, die österreichischen Wahlrechtskämpfe mit ihren Straßendemonstrationen und Massenstreikdrohungen in ein helles Licht gestellt. Eine Wendung, die sich freilich erst nach Ueberwindung starker Bedenken herausstellte: war doch Eisner um die Jahrhundertwende mit fast allen deutschen Sozialdemokraten noch der Meinung gewesen, jeder Versuch einer Streikdemonstration in Berlin müßte zu einem furchtbaren Blutvergießen und zu einem neuen Sozialistengefäß führen!

Fischenbach nimmt in seiner Schrift Eisner gegen den Vorwurf in Schutz „ein Phantast“ gewesen zu sein. Wie man auch zu diesem Vorwurf stehen mag, sicher steckt ein tüchtiges Stück Dichter in ihm — und was wäre ein Dichter ohne Phantasie? Seine Phantasie ließ ihn nicht selten Zusammenhänge aufspüren, die anderen nicht erkennbar waren, aber sie führte ihn auch manchmal in die Irre, Satiriker, der er war, meinte er, in der Partei sei jeder verdächtig, der schreiben könne, und erst der schlechte Stil verbürge den sicheren Ruf des Politikers. So war es aber doch nicht ganz; wenn ihm der Dichter mit dem Politiker durchging, gab es auch mit den besten Freunden Meinungsverschiedenheiten.

Gehört auch dieser Zug zur Vollständigkeit des Bildes, so darf auch ein anderer nicht vergessen werden: die noch unvollkommene Bedürfnislosigkeit. Eisner konnte kein anderes Bedürfnis als das eine, nach seiner Lieberzeugung zu wirken, was darüber hinaus lag, war nicht mehr als lästige Lebensnotwendigkeit. Gefährnis, Hunger, blutiger Tod hatten für ihn keine Schreden. Ob er stets der große, markbildende Führer war, zu dem der junge Fischenbach und mit ihm Hunderttausende emporsahen, oder ob ihn nicht manchmal auch sein stürmender Wille zur Tat über die Grenzen seiner Kraft fortriß, kann hier nicht entschieden werden. Eisner starb wie der von ihm geliebte und bewunderte Jean Jaurès. Er verdient einen Platz neben ihm.

### Das Lob der Sowjetpolitik.

Nieder mit der Wiener Wohnungsbaupolitik — es lebe die sowjetische Begünstigung des Privatkapitals.

Die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion findet begeisterte Zustimmung in der „Neuen Freien Presse“, dem Organ des deutschösterreichischen Großbürgertums. Der neueste Entschluß der Sowjetregierung, die private Bautätigkeit zu fördern, wird enthusiastisch gelobt:

„Jetzt wird also schon Sowjetrußland bald klüger als unser vernünftiger als Österreich. Jetzt können wir es bald erleben, daß selbst durch die von den Sozialdemokraten verabschiedete Diktatur des Proletariats die private Bautätigkeit gestärkt wird und nicht mehr der Sozialisierungswahn mit schrankenlosem Ungesittum sein Wesen treibt. Wir haben gestern den amtlichen Bericht aus Moskau in der Hand: Das Finanzministerium hat zur Unterstützung der privaten Bautätigkeit die Ausgabe einer Anleihe von hundert Millionen Rubel genehmigt.“

Nicht die Summe ist imponierend, imponierend ist die Unbesonnenheit, mit der die Sowjets sich über die Heiligtümer der Verfassung hinwegsetzen, und bedenklich ist dieser Schritt ins Ausland, über den unsere Sozialdemokraten noch immer Zeter und Mordio schreien und den sie verzögern möchten durch alle Kräfte einer literarischen Latz. Müßen sie nicht in äußerster Notlage geraten, wenn man ihnen Sowjetrußland als gutes Beispiel vor Augen führt; kann es etwas Armutligeres geben, als so am Dogma zu hängen, so wenig elastisch zu sein und anpassungsfähig?“

Die Spitze dieser Ausführungen richtet sich gegen die Wohnungspolitik der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, vor allem gegen die Baupolitik der Stadt Wien. Das großkapitalistische Organ empfindet unseren deutschösterreichischen Parteigenossen die sowjetische Baupolitik an das private Baupital als Vorbild. Nichts ist ihm wichtiger, die Richtung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik der Sowjetunion besser zu kennzeichnen.

Nächstens werden wir erleben, daß die großkapitalistische Presse aus die Entkommunisierung von Straßenbahnen, Elektrizität und Gaswerken empfiehlt — nach dem Vorbild der Sowjetunion.

### Reaktionäre Demokraten.

Arbeiterentrechtung bei Gemeindevahlen in Württemberg.

Stuttgart, 20. Februar. (Eigener Bericht.)

Am württembergischen Landtag wurde seit vorigen Freitag die neue Gemeindeordnung beraten. In der Regierungsvorlage war infolgedessen eine Verkleinerung des Gemeindevahlrechts vorgesehen, als eine Ausübung in Zukunft von einem einjährigen Aufenthalt in einer Gemeinde abhängig gemacht werden soll, während bisher ein Aufenthalt von sechs Monaten als ausreichende Voraussetzung galt. Die Sozialdemokratie wandte sich mit der gebotenen Schärfe gegen diese Veränderung, von der vor allem die fluktuierende gewerbliche Bevölkerung getroffen werden wird.

Staatspräsident Holz erklärte, in diesen Punkte unbedingt an dem Entwurf festhalten zu wollen. Dennoch stimmten der größte Teil der Zentrumspartei sowie die Mitglieder des Christlichen Volksbundes dem sozialdemokratischen Antrag auf Wiederherstellung der bisher geltenden Rechte zu. Da ereignete sich das Unerwartete, daß der sozialdemokratische Antrag durch die in dieser Frage rein pluralistisch eingestellten Demokraten und Deutschen Volkspartei in Gemeinschaft mit dem Bauernbund und den Deutschnationalen zu Fall gebracht wurde. Für den Antrag wurden 23, gegen ihn 20 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgegeben, so daß er nach der Geschäftsordnung als abgelehnt gilt.

Der Kampf um diese Frage wird bei der letzten Lesung des Gesetzes noch einmal aufleben. Es kann schon jetzt gesagt werden, daß die arbeitereindliche Haltung der Demokraten das allgemeine politische Verhältnis unter den links-parteilichen Parteien nicht unberührt lassen wird.

Die Wiener Heimwehrschützen haben sich für ihren provokatorischen Aufmarsch am Sonntag den russischbewährten Wajner Tödt verlobt.

# Es gibt doch Fehltritte!

## Ein furchtbarer Justizirrtum aufgedeckt! — Zwei Unschuldige im Zuchthaus.

In der Debatte über die Todesstrafe spielt die Frage eine große Rolle, ob Fehltritte in Kapitalstrafen und damit Hinrichtungen Unschuldiger möglich sind und vorkommen. Jüngst glaubt in einer Rundfunkansprache ein Befürworter der Todesstrafe, Geheimrat Dr. Japf, die Frage „mit gutem Gewissen“ glatt verneinen zu können.

Die Wirklichkeit beweist das Gegenteil! Es kommen entsetzliche Fehltritte vor, wie das Fehltritt an dem Schächter Trautmann, der zwölf Jahre lang im Zuchthaus für einen — in Wirklichkeit von dem Kannibalen Dente begangenen Mord als Unschuldiger büßen mußte. Jetzt ist in Köln ein zweiter, ganz ähnlicher Fall nach zehn Jahren aufgedeckt worden. Auch hier haben zwei völlig unschuldige Menschen fünf bzw. sechseinhalb Jahre hinter Zuchthausmauern schmachten müssen.

Der Tatbestand ist folgender: Am 18. Oktober 1919 wurde bei Horren in der Nähe von Köln ein Kassenbote überfallen und um mehr als 10000 Mark beraubt. Als ungeklärte Täter wurden im Jahre 1920 die beiden 20jährigen Arbeiter Jöbges und Hüppler vom Kölner Schwurgericht auf Grund eines reinen Indizienbeweises zu 5 und 7 Jahren Zuchthaus verurteilt, die Jöbges voll und Hüppler bis auf das letzte halbe Jahr abhören mußte. Beide haben die beiden ihre Unschuld beweisen, aber man hat ihnen nicht geglaubt.

Gestern nun wurden in Köln die wirklichen Täter abgeurteilt. Die Infolge einer Familienwirtschaft von einer der eingeweihten Ehefrauen angezeigt worden waren. Es sind dies der Lokomotivführer Kossel und der Arbeiter West. Beide waren vor Gericht in vollem Umfange geständig und erhielten

Gefängnisstrafen von 3 bzw. 2½ Jahren. Der Staatsanwalt mußte in seinem Plädoyer zugestehen, daß ihm

noch nie ein dergleichen Fall von Justizirrtum

vorgekommen sei. Von den früheren Angeklagten Hüppler und Jöbges sei jeder Verdacht genommen, ihre vollkommene Unschuld habe sich erwiesen. Er werde das Wiederaufnahmeverfahren mit aller Kraft betreiben und für die Rehabilitierung der beiden einreten. Eine Rettung der Justiz versuchte der Staatsanwalt mit dem Hinweis, daß seinerzeit ein reines Geschworenengericht den Fehlspruch gefällt habe.

Dieser Hinweis deckt die gelehrten Richter nicht. Denn der § 317 der Strafprozeßordnung, wie sie vor der Emminger-Reform bestand, gab den drei gelehrten Richtern Recht und Möglichkeit, wenn sie einhellig von der Unschuld der Verurteilten überzeugt waren, den Geschworenenspruch aufzuheben und die Sache an ein anderes Geschworenengericht zu überweisen. Da sie dies nicht getan haben, so muß mindestens einer der drei gelehrten Richter mit den Geschworenen von der Schuld der Angeklagten überzeugt gewesen sein.

Das wesentliche der Sache bleibt jedenfalls: Zwei vollkommen unbeteiligte Menschen, die nach der bestimmten Aussage der wirklichen Täter auch nicht das mindeste mit der Tat zu tun hatten, sind als Täter verurteilt worden. Wäre bei dem Raubüberfall der Kassenbote getötet worden, so hätte eine Hinrichtung wegen Mordes zum Tode und damit die Hinrichtung zweier Unschuldiger durchaus im Bereich der Möglichkeit gelegen. Auf welche Weise hätten dann die Anhänger der Todesstrafe zwei Gesöpfe „rehabilitieren“ wollen?

### Alle Schülinge Löbes!

Und alle, alle kamen!

Die „Rote Fahne“ hat das Telegramm Trojki an Löbe mit der Bemerkung abgedruckt: „Trojki als Schüling des Sozialimperialisten Löbe — das spricht für sich.“ Wir haben sie daran erinnert, daß wenige Tage zuvor Herr Münzenberg die Türsprache des Sozialimperialisten Löbe gesucht hat.

Es ist nicht Herr Münzenberg allein! Der linkskommunistische „Volkswille“ zählt weitere Schülinge Löbes auf:

„Als 1926 bis 1928 der Zentrale Prozeß bevorstand, als die Romanos, Stoedter, Hecker usw. ihren Heldentum, der sie heute auf Trojki schlumpfen läßt, um vor den Schranken des Reichsgerichts beweisen sollten, da, Bauer, war das wieder ganz etwas anderes.“

Dr. Arthur Rosenberg, damals noch SPD-Mitglied, wurde zu Löbes — dem Sozialimperialisten — geschickt, um ihn zu persönlicher, die Aufhebung der Immunität zu verhindern. Und Löbe hat.

Dr. Arthur Rosenberg nahm im Auftrag der SPD Löbes Hilfe bei den Verhandlungen mit anderen Fraktionen in Anspruch. Löbe und Baudis übernahmen z. B. die Vermittlung beim Zentrum.

Aber, Bauer, das ist ganz etwas anderes! Da handelte es sich darum, solche „Helden“ wie Kammele, der in Moskau sich Hecker, Pfeiffer usw. deren Hilfe für Moskau bereitwillig.

Sie alle, alle haben in ihren Ängsten den Weg zu Löbe gefunden, sie alle waren „Schülinge des Sozialimperialisten“. Ihre Zustucht damals und ihre Bemühungen von heute — das spricht auch für sich.

Herr Münzenberg hat kürzlich einen „Roten Ball“ veranstaltet, 10 Mark Eintrittsgeld. Das Zentralkomitee der kommunistischen Jugend hat gegen Münzenberg und die Seinen eine Protestresolution beschloffen, die folgenden Satz enthält:

„Wir hoffen, daß sich proletarische Kräfte finden werden, die dieses Gefändel von Salonkommunisten aus dem Häuschen hauen.“

Uns scheint —, auch das spricht für sich.

### Gesler gelandet.

Bei Schwarzweißrot und Holenkreuz.

Die Vereinten Bayerischen Verbände hatten am Sonntag in Berlin eine Kundgebung und zwar unter dem Vorsitz des früheren Reichswehrministers Dr. Gesler ab. Damit hat einer der merkwürdigsten bürgerlichen „Demokraten“ der Gegenwart endlich den Mut gefunden, sein wahres politisches Glaubensbekenntnis abzugeben. Der Mann, unter dessen Regime in der Reichswehr sich die Reaktion ungehindert ausbreiten durfte und der trotzdem immer „von nichts wußte“, hält im Stahlhelm-Willeu seinen Einzug.

### Die Beratung des Preußeneinrats.

Abschluß der zweiten Lesung bis Ostern nicht möglich.

Der stellvertretende Preussische Landtagspräsident berichtet am Mittwoch über den Beratungsgang. Es wurde festgestellt, daß man die Absicht, bis zu den Osterferien die zweite Lesung des Haushalts zu beenden, nicht durchführen kann. Die Abhaltung von Nebenbesprechungen dürfte sich erübrigen, da die ursprüngliche Absicht, den Haushalt in zweiter Beratung bis Ostern zu erledigen, nicht durchgeführt werden kann.

### Der Staat soll bluten.

Steuern zahlen will keiner.

Familienräte und Schauspieltheater haben sich an das Reich und den Oberbürgermeister Böhm gewandt mit der Forderung, daß ihnen die Lustbarkeitssteuer erlassen und nach Möglichkeit diese „unerschöpfliche Steuer, die man sich denken kann“, beseitigt werden soll. Begründet wird die Forderung mit dem Rückgang der Einnahmen, den die große Kasse für die Schauspieltheater bringe. Wir haben Verständnis für alle, die am liebsten keine Steuern zahlen. Aber dann sollen die guten deutschen Staatsbürger, besonders unsere deutschen Unternehmer, sagen, wie der Staat und wie die Städte leben sollen. Wünschenswert werden die Steuerforderungen der deutschen Unternehmerorganisationen einfach lächerlich. Im übrigen veringern sich bei der Lustbarkeitssteuer die Steuerlasten genau im Verhältnis zum Rückgang der Einnahmen. Wie wäre es, wenn die Dugende von Millionen Betrieben, die durch die Kasse gelitten haben und noch leiden, vom Staat den Erlös der Lohnsteuer abzugewogen werden würden?

### Abschied von Alwin Saenger.

Trauerfeier der Münchener Arbeiterschaft.

München, 20. Februar. (Eigener Bericht.)

Am Mittwoch nachmittag fand eine wehmütige Abschiedsfeier der Münchener Arbeiterschaft von ihrem toten Freund Alwin Saenger statt. Sämtliche Sektionen der Partei und des Reichsbanners waren mit Fahnenabteilungen gekommen, die Freien Gewerkschaften, die Arbeiterjugend und Arbeiterportier. Zahlreich hatte sich die sozialdemokratische Bundestagsfraktion eingeschrieben, ebenso sämtliche bayerischen Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Kurze, aber ergreifende Reden bildeten den eigentlichen Trauerakt. Für den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion sprach Hans Vogel. Im Auftrag des Strafrechtsausschusses des Reichstages legte Frau Pläß einen Kranz nieder. Unter den Trauergebern befand sich auch der bayerische Kultusminister Goldberger.

Nachfolger Alwin Saengers im Reichstag ist Otto Gesselherdt, Kassenverwalter in Günzburg.

### Dr. Karl Sonnenschein.

Dem Andenken eines Menschen.

Im Hedwigs-Krankenhaus zu Berlin ist Dr. Karl Sonnenschein gestorben. Sein Tod hat langem schweren Leiden ein Ende gemacht. Er war katholischer Priester, Schriftsteller, Redner, seit der letzten Wahl auch Reichstagsabgeordneter. Seine ganze Tätigkeit aber strömte aus einem Grundzuge seines Wesens: er war Seelsorger in dieses Wortes tiefer und edler Bedeutung. Kein eifernder zur Bekehrung drängender Kirchenbeamter, sondern ein Mensch, der in katholischen Glauben und in den Formen seiner Religion hilfsbereit war für alle, die in geistlicher und materieller Not zu ihm kamen. Sein Leben war nicht Kampf, sondern Webe, nicht in dem schwächlichen Sinne der Vertuschung und des Hinwegpredigens von sozialen Gegensätzen, die er tief sah und unter denen er litt, sondern in dem Willen, zunächst den einzelnen, der verzweifelte, aufzurichten und ihn für den Lebenskampf zu härten.

Karl Sonnenschein, dessen Name für diesen Mann wie ein Symbol war, wirkte nach dem Kriege in Berlin. In der deutschen Weltstadt, wo nicht nur das Industrieproletariat aufs schwerste mit dem Dasein ringt, sondern auch ein geistiges Proletariat zahlreicher und eifriger sich entwickelt hat als anderwärts, hatte er seine große Aufgabe: zu Tausenden jähren die Studenten, Künstler, Gelehrten, denen er brüderliche Hilfe bot. Seine Sprachweise war überflüssig von Menschen in Not aus allen Weltanschauungen, aus allen Klassen. Sorge und Vertrauen führte diese Gestalten zu Dr. Sonnenschein. Er trübte sie nicht mit Bibelzitierten, sondern mit menschlichem Verstand und sehr oft durch materielle Beistand. Die reinen karitativen Organisationen der Kirche erleichterten ihm diese Arbeit. Ganz jählos war Dr. Sonnenschein in den Reichstag gewählt worden. Als Inetrummann. Gesprochen hat er im Parlament nicht. Wenn das Haus eine Rede von ihm erlebt hätte, wäre es gewiß keine parteipolitische, sondern eine weltanschauliche geworden, die auf unserer Seite Widerspruch hervorgerufen, aber wahrlich die Achtung für den Menschen Sonnenschein noch vertieft hätte.

Nun ist er tot. Er war politisch und weltanschaulich weit von uns getrennt. Seine Herkunft, seine Entwicklung, seine ganze Umwelt erlaubten ihm nicht, und den marxistischen Sozialismus zu verstehen. Seine Arbeit war im tiefsten gegen uns gerichtet. Wie selten sind aber, gerade im Lager der Frommen, die Menschen, die ihren Glauben zu Leben den Mut und die Kraft haben! Sonnenschein war einer dieser wenigen Menschen. Darum wollen wir Sozialdemokraten als seine politischen Gegner diesem Menschen aus einem anderen Kulturkreise widerfahren lassen, was in dieser Welt, zumal in der politischen, so selten ist: Gerechtigkeit.

Wilhelm Sollmann.

Der Volksrechtshilfsausschuss des Reichstages beschloß am Dienstag, die Bezeichnung der Arbeitsnehmer und der Arbeitsgeber im Reichswirtschaftsrat um je sieben zu erhöhen. Ein Unterschuß soll Vorhänge für die Verteilung der Sige machen. Dem deutschnationalen Abgeordneten Chering, der die Regierungsvorlage als „marxistisch“ verdonnert hatte, wurde im Laufe der Debatte die Mitteilung zuteil, daß diese Vorlage zuerst von der Reichsregierung eingebracht worden sei.

Sein Name soll verhallen. Die Sowjetpresse läßt mit, daß die Stadt Trojki (Gouvernement Smolna) in Tschepelowitz umbenannt werden soll. Damit wird auch jede Erinnerung an die historische Persönlichkeit des in den ersten Revolutionsjahren mit Lenin zu einem einzigen Schritt verfolgten Trojki gelöst.

Der ehemalige zaristische Innenminister General Dshunkowski ist nach zehnjähriger Gefängnisstrafe in Sowjetrußland entlassen worden und gegenwärtig als Reichsdiener tätig.



# Der Fall Ullig.

Ein Bellschweizer Urteil über die Boiwoden-Politik.

Genf, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Das „Journal de Genève“, das der Briand'schen Auf- fassung der Völkerbundspolitik nahesteht, veröffentlicht unter dem Titel „Polen und Deutschland“ einen Leitartikel, der insofern bemerkenswert ist, als in ihm trotz übertriebener Klagen über angebliche Provokationen Polens von deutscher Seite die Verhaftung des Abgeordneten Ullig als ein politischer Fehler bezeichnet wird. Das Blatt betont, daß der ober-schlesische Boiwode (Gracynski) nicht der geeignete Mann für Oberschlesien zu sein scheint und sich von Erinnerungen an den Bürgerkrieg und polnisch-nationalistischen Vereinigungen beeinflussen lasse. Zum Schluß weist das Blatt kategorisch die Behauptung einiger deutscher bürgerlicher Blätter, daß Briand hinter dem polnischen Vorgehen in Oberschlesien stehe, zurück. Briand hätte in Warschau und Berlin niemals anders als zur Mäßigung geraten, aber es sei nicht sicher, daß die polnische Gesandtschaft in Paris genau den Wünschen der französischen Regierung folge. Der Fall Ullig sei von mehr als lokaler Wichtigkeit, er stelle indirekt den europäischen Frieden in Frage. Es sei Sache der verantwortlichen Minister, im März zu zeigen, ob sie die Kräfte, die die Versöhnung der Völker und die Räumung des Rheinlandes hintertreiben, zu beherrschen wissen.

Es ist insbesondere die „Germania“, die kürzlich die französische Regierung für die polnische Minderheitenpolitik mitverantwortlich gemacht hat, eine Behauptung, die auch schon von Pariser Blättern sehr entschieden zurückgewiesen wurde.

Run ist gewiß nicht zu leugnen, daß Paris einen starken außenpolitischen Einfluß auf Warschau besitzt und ebenso sicher ist, daß verschiedene Pariser Blätter jede noch so törichte polnische Maßnahme in geradezu scharfmacherischer Weise gutheißen. Aber im vorliegenden Falle ist es u. E. verfehlt, die französische Regierung mit einer auch nur indirekten Verantwortung für den Fall Ullig zu belasten. Wir können sogar auf Grund jüngster Erkundigungen an sehr maßgebender Pariser Stelle versichern, daß man die durch die Verhaftung des Abg. Ullig eingetretene unvermeidliche Verschärfung des deutsch-polnischen Grenzregimes durchaus be- dauert. Man ist auch darüber im Klaren, daß der böse Geist in polnisch-Oberschlesien der Boiwode Gracynski ist, auf dessen „Auffständischen“ Kurs die Hauptschwierigkeiten der letzten Jahre zurückzuführen sind.

## Pariser Stimmungsmache.

Paris, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Die infolge der Verhaftung des Führers des Oberschlesischen Volksbundes Ullig in Deutschland hervorgerufene Erregung hat auch in der französischen Presse ihren Widerhall gefunden. Im Hinblick auf die bevorstehende Erörterung des Minoritäten- problems in Genf sucht der größte Teil der Blätter die fran- zösische öffentliche Meinung im polnischen Sinne festzu- legen. Nur einige Linksblätter wie „Ouvroir“ und „Volonté“ weisen auf die Gefahren hin, die eine übertriebene unerbittliche Unterstützung der polnischen Regierung durch Frankreich mit sich bringen.

Der „Temps“ enthält am Mittwoch wiederum Ausführungen über die deutsch-polnischen Beziehungen. Wenn man in Deutschland von einem drohenden polnischen Streich auf deutsche Gebiete spreche, so sei das die reinste Phantasie. Das Blatt empfiehlt aufs neue den von Salotti gemachten Vorschlag eines deutsch-polnischen Garantiepactes.

## Britisches Bergarbeiterelend.

Ärmlich als unergleichbar bezeichnet!

London, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Sir Arthur Lowry, der Generalinspektor des britischen Ge- sundheitsministeriums, und Dr. Pearce, ein hoher Beamter des Ge- sundheitsministeriums, haben einen amtlichen Bericht über die Kohlenbergbau distrikte von Südwales und Monmouthshire veröffent- licht, der trotz seiner zurückhaltenden Sprache das er- schütterndste Bild der Notlage im Bergbau gibt. Der charakteristischste Satz des Berichts lautet: „Die Situation ist unserer Auffassung nach in der Geschichte Großbritanniens ohne Pa- rallelle. Am nächsten kommt vielleicht noch die hungersnot der Baumwollarbeiter 1882/84, jedoch läßt sich diese hungersnot keinesfalls mit der gegenwärtigen Not im Bergbau vergleichen.“

## Die gefährlichen Artillerie-Offiziere.

Austrückung in Spanien.

In den Heeren feudaler Militärmonarchien war die Artillerie meistens die demokratische Waffengattung — die Söhne des Volkes mußten zwar, ebensowenig freiwillig, auch in der Infanterie oder Kavallerie sich zwiebeln lassen, aber die Offiziere der Artillerie waren in weit höherer Zahl Bürgerliche als bei den anderen Truppen. Der Grund war einfach der, daß dem erlauchten Adl die Befassung mit technischen Dingen, wie es bei der Artillerie nötig ist, nicht besonders lag. In Spanien haben wir noch diese Situationsform, und es sind die Artillerieoffiziere, die gegen die Diktatur Primo de Rivera auf- traten. Jetzt, nach dem Wähligen des Kaisers in Madrid und Valencia, hat man zu der Kavallerie gegriffen, die Artillerie- offiziere samt und sonders zu entlassen. Das Dekret erklärt alle Kommandeure und Offiziere des Artilleriekorps provisorisch als Zivilpersonen. Sie haben kein Recht auf Bezüge und auf das Tragen der Uniform, solange nicht ihre Wiederereinstellung erfolgt ist. Sämtliche Kommandeure und Offiziere, bei denen die Regierung es für nötig oder angebracht hält, müssen innerhalb 24 Stunden von ihrem bisherigen Aufenthaltsort nach einem Wohn- ort abziehen, das ihnen zwangsweise angewiesen wird. Die Artillerieoffiziere werden einwilliglich geschlossen. Sämtliche Schüler erhalten Urlaub ohne Uniform. Um ihre Wiederereinstellung zu erreichen, müssen sämtliche Kommandeure und Offiziere einen neuen Eid leisten, in dem sie dem Vaterland, der Krone, dem König und der Regierung, insbesondere der gegenwärtigen Re- gierung, gegen die sie in ausführender Weise Stellung genommen haben, aufs neue Gehorsam und Treue geloben. Für die Kom- mandeure und Offiziere in Marokko, auf den Balearen, den kanarischen Inseln und in den übrigen Auslandsgegnungen werden Ausnahmen gemacht.

# Poincarés schwindende Mehrheit.

Bei der jüngsten Abstimmung erhielt das Kabinett Poincaré nur eine Mehrheit von 6 Stimmen.



Die Scholle zerbröckelt, wie lange trägt sie ihn noch?

# Landwirtschafts-Demonstrationen.

Der hysterische Herr von Loe. — Die Konkurrenten überbieten sich.

In Köln haben die Vertreter der Vereinigten Rheinischen Bauernvereine und der Rheinischen Landbundorganisation gemein- sam in einer Versammlung in der Großen Meißelsalle gesagt. Ge- sprochen haben der Vorsitzende des Rheinischen Bauernvereins, Frei- herr von Loe, und Reichsminister a. D. Dr. Hermes für die Bauernvereine und der ehemalige Reichsernährungsminister Schiele sowie der Vorsitzende des Rheinischen Landbundes für die Landbundorganisation. Selbstverständlich, daß die Tagung das vor- geschriebene „erschütternde Bild von den Sorgen des deutschen Bauern und Gutsherrn“ — Bauern und Gutsherrn heißt es noch dem Kommando des Herrn von Loe — ergeben hat. Selbst- verständlich, daß von den Reichsbehörden die grundsätzliche Abkehr von der bisher betriebenen und für die ganze deutsche Volkswirt- schaft Verderben bringende Politik verlangt wird. Selbstverständlich auch, daß die wieder ganz auf Agitation eingestellte Tagung über das, was vernünftigerweise zu geschehen hat und geschehen kann, sich ausweichte.

Dr. Hermes, der Präsident der deutschen Bauernvereine — die Deutsche Bauernschaft war nicht vertreten —, war zu- nächst um eine sachliche Darstellung und Behandlung der agrarpoli- tischen Fragen einigermassen bemüht. Da aber Reichslandbund und Bauernvereine im Rheinland scharf miteinander in Konkurrenz stehen, trat der gemeinsame Tagung, was es unermesslich, daß auch er viel mehr den egoistischen Instinkten aufgeregter Versamm- lungsbefucher Rechnung trug, als die Möglichkeiten der Selbsthilfe und der Grenzen der Staatshilfe deutlich genug zu zeichnen. Schiele forderte den Ausbau des landwirtschaftlichen Rotprogramms, wobei ihm offenbar die Inanspruchnahme neuer riesiger Staats- gelder als der geeignetste Weg erscheint, den Staat in bäuerlichem Geiste umzugestalten.

Den deutlichsten Ausdruck gab dem rechnerischen Konkurrenz- kampfe zwischen den beiden Organisationen der in seinem Innern längst vollständig landbändlerische Vorsitzende des Rheinischen Bauernvereins, Freiherr von Loe-Berghausen. In einem Schühengrobgeheiß habe die Landwirtschaft ihre Sonder- interessen dem allgemeinen Volks- und Staatswohl nachgesetzt. Diese selbstlose Hingabe sei ihr zum Verdienste geworden.

Der gegenwärtige Agrarstreit sei nichts anderes als ein Teil- erfolg der im Leninischen Sinne weitergeführten Revolution mit dem Hauptzweck, das Bauerntum mit den letzten Mitteln wirtschaftlicher und politischer Macht niederzujagen.

Die Spaltung der Landwirtschaftskammern in Klassen, der Einbruch in die Preussentasse durch die Sozialdemokratie müßten als größtes Unrecht anputhen werden. Es dürfe nicht wieder vorkommen, daß der preussische Ministerpräsident Braun im Landtag die Landwirtschaft mit nachsagenden Redensarten abtum und ländliche Vertreter mit Hohn und Spott bedecken könne!

Herr v. Loe scheint wirklich nicht mehr zu wissen, daß er sich mit solchem hysterischen Geschrei nur lächerlich macht. Man muß ihm ja dankbar sein, daß er ausgerechnet vor Bauern davon zu reden mag, die Beteiligung der Bauern an den Landwirtschafts-

kammern sei eine Spaltung der Landwirtschaft in Klassen. Man muß ihn bewundern, wenn er die ganze, von den Deutsch- nationalen in der Nachkriegszeit durchgeführte landwirtschaft- liche „Aufbauarbeit als Beninische Politik bezeichnet. Er scheint nicht zu wissen, wie sehr diese deutsch-nationale „Aufbau- arbeit in der Tat zerstörender Agrarsozialismus zum größten Teile war.

Glücklicherweise können sich die deutschen Bauern auf die deutsche Sozialdemokratie mehr verlassen als auf die so- genannten Bauernvereine in Köln. Wo im letzten Jahre — und erst seitdem ist wirklich Ernsthaftes für die Landwirtschaft ge- schehen — Fortschritte erzielt worden sind, da sind sie der Mitarbeit der Sozialdemokratischen Partei zu danken. Wo eingegriffen werden mußte, da waren die Eingriffe der Volkswirtschaft der bisherigen deutsch-nationalen Landwirtschaftsführer zu danken. Das weiß man allmählich auch auf dem Lande.

Die Sozialdemokratie wird sich nicht abhalten lassen, weiter mit aller Energie für die Bauern zu arbeiten. Aber wäre es den Vorsitzenden von Köln etwa willkommen, wenn die Sozial- demokratie sich von dieser Arbeit zurückziehe? Was für die Land- wirtschaft geschehen muß, das wird ja wahrscheinlich auch noch etwas kosten!

## Anders bei der „Bauernschaft“.

Ganz andere, wahrhaft wohlwollend vernünftige Worte hörte man auf der Vertretertagung der „Deutschen Bauernschaft“ in Rogdeburg. Professor Verbeke gab ein erschütter- endes geschichtliches Entwicklungs- bild des Bauernstandes, von der Leibeigenschaft bis zur Gegenwart. Er zeigte, wie zuerst Machtpolitik und später, auf den Etappen zur Gegenwart, wirtschaftliche Macht den Bauern von seiner Scholle vertrieb, weil mit fortschreitender Intensivierung die billige Arbeitskraft aus- ländlicher Wanderarbeiter seine bäuerliche Existenz ver- nichtete. Verbeke verlangte stärksten Schutz der bäuerlichen Veredelungswirtschaft. Nach vielen Jahrhunderten ein- seitiger Großgrundbesitzerpolitik müsse endlich wenigstens ein Jahrhundert lang Bauernpolitik betrieben werden.

Reichsstaatssekretär Bauerhofs besitzer Hillebrand vor- langte unter Verwerfung der alten Rezepte den Ausbau der inneren Organisation des landwirtschaftlichen Abganges und die Regelung der Einuhr insoweit, als von ihr marktzer- störende Wirkungen ausgeht werden. Das Vorhaben des Preussischen Landwirtschaftsministers für die Schulung des bäuer- lichen Nachwuchses wurde begrüßt. An dieser Stelle müße aber die Staatshilfe einlegen, um dem Bauernstande finanziell die Schulung seiner Kinder zu ermöglichen. Um die finanziell leistungs- schwachen Gemeinden lebensfähig zu halten und die Schulung der Kinder zu sichern, soll der Staat die Schullasten übernehmen.

Die „Deutsche Bauernschaft“ ist nicht sozialdemokra- tisch, sie ist bäuerlich und republikanisch — aber sie rechnet mit den Tatsachen.

## Das deutsche Auslieferungsgesetz.

Wer liefert aus — das Reich oder die Länder?

Der Rechtsausschuß letzte gestern die Beratung über das Aus- lieferungsgesetz fort. Behandelt wurde die Frage, wer die Aus- lieferung zu bewilligen habe, das Reich oder die Länder. Der Gesetzentwurf schweigt sich über diese Frage vollkommen aus, und zwar deswegen, weil im Reichsrat die Länder dagegen Widerstand geleistet hatten, daß das Reich zur Bewilligung dem Reich über- tragen werde. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, daß in das Gesetz folgende Bestimmung eingefügt wird: „Die Auslieferung wird durch die Reichsregierung bewilligt, diese kann ihre Befugnisse der Landesjustiz übertragen.“

Die kaiserliche Regierung trat auf das entschiedenste diesem Antrag entgegen und versagte, daß es bei der Regelung, die im Reichsrat beschlossen war, bleibe.

Hg. Praxm begründete den Antrag. Er erklärte, daß aus Zweckmäßigkeitsgründen und um eine einheitliche Handhabung der Auslieferung zu erzielen, der Reichsregierung das Recht zur Bewil- lung gegeben werden müsse.

## „Bourgeois bleibt Bourgeois.“

(Leising-Theater).

Eine musikalische Komödie von Löffler, Hofmannseder und Fried- rich Holländer. Nach Molère. Als begrüßenswerter Versuch, einen zeitgemäßen, gehobenen Operentanz mit gesellschaftsfähigem Ein- schlag zu schaffen, nur teilweise geglückt; aber großer Erfolg vor allem für Paalberg und Granowski. R. P.

Reichsjustizminister Koch erklärte, eine Regelung im Ge- fess entsprechend dem sozialdemokratischen Antrag für wünschenswert. Er wolle allerdings einen Konflikt mit den Ländern vermeiden und war der Meinung, daß man schließlich auch ohne eine Bestimmung auskommen könne.

Die Abg. Wunderlich und Ehlermann traten dem sozialdemokratischen Antrag bei. Die Abg. Freytag-Loringhoven, Wlffler und Wegmann sprachen sich für eine Übertragung der Bewilligung an die Länder aus. — Nach längerer Debatte wurde die Angelegenheit schließlich dem Urtauschuß überwiesen.

## Brotkarten in Moskau.

Nur zur Bekämpfung der Spekulation.

Moskau, 20. Februar.

Der Moskauer Sowjet beschloß, im März ein Brot- einkaufsbüchlein einzuführen. Für die werktätige Bevölke- rung bleiben die niedrigen Brotpreise bestehen, für Wartende werden sie erhöht. Der Beschluß sagt, daß die Mehlparrate voll- kommen ausreichen, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Die Maßnahme bezwecke lediglich eine Bekämpfung der Spekulation.

## Kommunistenpleite in Wien.

Der Parteitag der österreichischen Kommunisten hörte aus dem Referat des Parteisekretärs, daß es in Wien gegenüber 70 Betriebs- zellen mit 1044 Mitgliedern im Januar 1927 jetzt nur noch 34 Betriebszellen mit 454 Mitgliedern gibt.







# Reichsbahn und Kohlenhandel.

## Wenn zwei sich zanken, friert der dritte.

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, ist der Kohleneingang in der Reichshauptstadt in weiterem Steigen begriffen. Am gestrigen Mittwoch standen 2034 Waggons zur Entladung bereit, von denen 1216 neu eingelegten waren, also 817 Waggons mehr als am Dienstag. Die Zahl der Handgepäckpflichtigen Waggons betrug gestern 818. Obgleich das Entladungsgeschäft sich in erster Linie den Brickets zuwendet, waren trotzdem 256 Brickettwaggons handgepäckpflichtig, ein Teil davon sogar schon seit zwei Tagen. Noch säumiger als bei den Brickets erfolgt die Entladung von Koks, der für Zentralheizungen bestellt ist. Die Verladungen im Niederlausitzer Braunkohlengbiet, auf das Berlin mit seiner Brickettoerzeugung hauptsächlich angewiesen ist, sind weiter im Steigen begriffen. Am 17. Februar wurden dort 29 270 Tonnen, am 18. Februar 36 000 Tonnen und am 19. Februar 40 950 Tonnen verladen. Inzwischen geht der Streit zwischen Reichsbahn und Kohlenhandel unvermindert weiter. Die Reichsbahn beklagt sich, daß die Abfuhr nur mangelhaft durchgeführt wird, während die Kohlenhändler erklären, daß die Bahndirektion trotz aller Vorstellungen die Anfahrtsstraßen zu den Güterbahnhöfen nicht in einen fahrbaren Zustand bringt. So soll es besonders in Friedenau auf dem Nordbahnhof und auf einzelnen Stationen der Ringbahn, die sehr steile Anfahrtrampen besitzen, für die Gespanne unmöglich sein, durchzukommen, da die Bahn noch immer nicht das Pfaster vom Eis und Schnee befreit habe. Um diese gegenseitigen Vorwürfe zu prüfen und Besserung zu schaffen, hat die Reichsbahndirektion Berlin die Vertreter des organisierten Kohlenhandels heute zu einer Aussprache geladen, in der beide Parteien ihre Klagen vorbringen wollen und in der Vorschläge für eine straffere Durchführung der Entladung der Kohlenzüge gemacht werden sollen.

### Lebensmittelversorgung Berlins bessert sich.

Die Kartoffelbelieferung hat sich gebessert. Es sind gestern 51 Waggons Kartoffeln eingetroffen. Auch die Ge-

müseszufuhren sind reichlich, so daß irgendwelche Beeinträchtigungen nicht zu ersehen sind. Entgegen der Knappheit an Frischen in der vorigen Woche ist jetzt eine erhebliche Steigerung an Seefischzufuhren — sogar über das normale Maß hinaus — eingetreten.

### Verlängerung der Kälteferien.

Der Magistrat beschloß in seiner Sitzung am 20. Februar die Schulpflichtung zu ermäßigen, sämtliche Schulen bis Mittwoch, den 27. Februar, abends, geschlossen zu halten. Der Unterricht würde also am 28. Februar früh wieder beginnen. Die Schulpflichtung wird sich über diese Ausdehnung der Kälteferien sofort mit dem Provinzialschulkollegium ins Benehmen setzen. Die städtischen Väder bleiben gleichfalls bis zum 27. Februar einschließlich geschlossen, soweit sie wegen Kohlenmangels bisher schon geschlossen waren. Die tägliche Kohlenersparnis, die sich aus dieser Maßnahme ergibt, beträgt 10 000 Zentner.

### Neue Verschärfung der Kälte.

Ueber die Wetterlage in Deutschland und den Nachbarländern wird berichtet:

Das Ansteigen des Luftdrucks über ganz Nord- und Mitteleuropa hat in Deutschland fortschreitende Aufhellung und neue Verschärfung der Kälte hervorgerufen. Die tiefsten Temperaturen wurden am Mittwoch früh in der Umgebung von Stettin mit 22 und bei Hannover mit 20 Grad unter Null beobachtet; in Stettin waren nachts sogar 25 Grad Kälte. Eine kleine Widerung des Frostes, die aber nur vorübergehender Natur zu sein scheint, ist aus Ostpreußen zu melden. Im ganzen ist die Wetterlage außerordentlich beständig, es ist auch für heute Donnerstag mit heiterem Wetter, östlichen Winden und weiterer Verschärfung der Kälte zu rechnen.

Auf dem ganzen übrigen europäischen Festlande ist keine besondere Veränderung eingetreten.

### Entgleiste junge Menschen.

#### Der Einbruchversuch in die Städtische Sparkasse.

Vor dem Großen Schöffengericht Wedding gelangte eine sechsköpfige Einbrecherbande, deren Führer Willi George, Willi Gutmann und Eugen Werner waren, wegen einer Reihe von Einbrüchen und versuchten Einbrüchen zur Aburteilung.

Sämtliche Angeklagte stehen im Alter von 19 bis 21 Jahren, sind aus der Fürsorge mehrmals entwichen und ohne Ausnahme verurteilt. Bezeichnend ist auch, daß sie alle in trostlosen Familienverhältnissen gelebt hatten. Im September v. J. versuchten die Hauptangeklagten einen Einbruch in die Städtische Sparkasse in der Teufelsdröckchenstraße. Sie bogen die Eisengitter vor dem Fenster aus einander und ihr Verlock, den Tresor aufzubrechen, scheiterte jedoch, denn es fehlten ihnen die Erichnungen und die modernen Werkzeuge der Gedächtniskammer. Während sie noch in voller Arbeit waren, erschien das Ueberwachungsmando. George wurde auf dem Hof ergriffen, Werner rettete sich durch einen Sprung durch die Fensterscheibe auf die Straße. Unter den sonstigen Diebesgängen der Bande ist noch ein Einbruch in die Baue eines Kriminalbeamten zu vermerken, den sie aus Rache gegen den unbehaglichen Beamten unternommen haben. Die Burschen begnügten sich vor Gericht unglaublich frech. Trotzdem erhielten sie wegen ihrer Jugend mildernde Umstände, so daß sie vor dem Zuchthaus bewahrt wurden. George und Gutmann wurden zu je 2 Jahren Gefängnis, Werner zu 1 Jahr 9 Monaten und der Angeklagte Otto Müller zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten H. und B. die nur Mitläufer gewesen waren, kamen mit vier und sechs Monaten Gefängnis davon.

### Das Rätsel der Gasbehälterexplosion.

Die Direktion der Gaswerke hatte gestern Vertreter der Presse zu sich gebeten um mit ihnen die Gasbehälterexplosion in der Sellenstraße zu besprechen. Der technische Direktor Oberbeurort Ludwig erklärte, daß die zur Untersuchung der Explosionsursache eingesetzte Untersuchungskommission noch vor einem Rätsel steht. Man weiß nicht, wie aus dem Behälter Gas entwichen sein kann. Man weiß auch nicht, wodurch es sich entzündet haben mag. Die Untersuchung ist durch den jetzt herrschenden Frost erschwert. Die Reste des Gasbehälters liegen in gefrorenem Wasser, und man wagt nicht, das Eis aufzutauen, weil dabei die Trümmer beschädigt und vielleicht Spuren vermischt werden könnten. Für möglich wird gehalten, daß in dem Raum zwischen dem eisernen Gasbehälter und der ihn umgebenden Ringmauer sich Gas angesammelt hat. Diese Ummauerung haben wir, wie Direktor Ludwig ausführte, noch bei den älteren Gasbehältern, weil sie früher durch Verordnung der damals allzu ängstlichen Polizei vorgeschrieben war. Die neueren Gasbehälter werden ohne Ummauerung ausgeführt, aber es ist dann schwieriger, sie vor dem Einrücken zu bewahren. Bisher hat man keinen Grund gesehen, den älteren Gasbehälter die von der Polizei nicht mehr geforderte Ummauerung zu nehmen. Ein Explosionsunglück, wie das in der Sellenstraße, steht ohne Beispiel da. Wenn die Vermutung, daß entwichenes Gas sich in den Ringmauern gesammelt hat, sich bestätigen sollte, wird man aus diesem Unglück lernen und entsprechende Maßnahmen treffen. Zu der Forderung, die anderen Gasbehälter aus der Sellenstraße überhaupt zu beseitigen, erklärte Direktor Ludwig, daß davon eine Erschwerung der Gasversorgung von Berlin-Nord zu befürchten sei.

### Notlandung eines Sportfliegers.

Gestern abend gegen 6 Uhr mußte der Pilot des Sportflugzeuges D. P. 2 A., das sich auf dem Wege von Halle nach dem Flugplatz in Staaten befand, bei Siemensstadt in der Nähe der Rotarstraße auf den Spreewiesen infolge eines Motordefektes notlanden. Beim Aufsehen auf dem verschneiten und hügeligen Gelände überstieg sich der Apparat und wurde erheblich beschädigt. Der Flieger und sein Beobachter blieben wie durch ein Wunder unversehrt. Der Vorfall war von zahlreichen Bewohnern beobachtet worden, die sofort die Feuerwehr herbeiriefen.

### Der falsche Angeklagte.

#### Ein Totschlaggeproß mit vertauschten Namen.

Ein außergewöhnlicher Kriminalfall unterlag der Entscheidung des Schwurgerichts I, das damit seine neue Sitzungsperiode begann.

Angeklagt war der 1901 in Niederbayern geborene und häufig norddeutsche Kaufmann Georg Scheuenpflug, der beschuldigt wurde, am 1. September 1926 den Bügler Fritz Wecklenburg durch einen Messerstich in den Hals vor dem Lokal „Münzhof“ in der Münzstraße getötet zu haben. Bei dieser Tat handelt es sich um einen Streit zwischen Cannoben um die Vertiefung der „Sätze“ aus einem Einbruch, und dabei soll der nachher Getötete gedroht haben, die ganze Gesellschaft hochgehen zu lassen. Kurz darauf wurde Wecklenburg vor dem Lokal erschossen. Gegen den jetzigen Angeklagten kam die Anklage dadurch zustande, daß er aus Wägensee gegen sich selbst eine Strafanzeige erstattet hatte, in der er die Tat genau schildert und sich als Täter bekennt. Er wurde deshalb angeklagt, und es stand schon im vorigen Herbst gegen ihn eine Verhandlung an. Ein Zeuge, der aber noch nicht verurteilt worden war, wollte Scheuenpflug in der Nähe des Tatortes an dem verhängnisvollen Tage gesehen haben. In der Verhandlung aber trat der Angeklagte plötzlich mit der Behauptung hervor, daß er der Täter gar nicht gewesen sein

könne, denn er habe in jener Zeit im Amtsgerichtsgefängnis in Oranienburg unter dem Namen Georg Bronnet in Untersuchungshaft gesessen. Er erklärte weiter, daß er mehrfach als Bronnet verurteilt worden sei, während der richtige Bronnet als Scheuenpflug lebe und daß verschiedene Straftaten, die in seinem Scheuenpflugs Strafrechtregister ständen, auf Rechnung von Bronnet gingen.

In der Verhandlung benahm sich der Angeklagte höchst ungebührlich. Als Landgerichtsdirektor Dr. Sternheim ihm seine Strafanzeige vorlegen ließ, riß er das Blatt aus dem Aktenband heraus und zerstückelte es mitunterhand. Auf die Drohung des Vorsitzenden mit einer Ordnungsstrafe antwortete der Angeklagte mit einem verbossenen Kraftausdruck und verweigerte jede weitere Erklärung. Rechtsanwalt Dr. Günther bestritt darauf für den Angeklagten dessen Identität mit dem Täter. Die Oranienburger Gefängnisbeamten erklärten, daß kein Zweifel bestehe, daß der Angeklagte vom 22. August bis 22. September, an welchem Tage er morgens während der Freistunde entlassen war, also zur Zeit der Tat in Haft gewesen sei. Der Anklagevertreter gab die Erklärung ab, daß es nicht Schuld der Staatsanwaltschaft sei, wenn es zu einem Prozeß gekommen sei. Es bestehe kein Zweifel, daß der Angeklagte nicht der Täter sein könne. Die Schwurgerichtsverhandlung, die kaum 20 Minuten gedauert hatte, endete naturgemäß mit der Freisprechung des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse.

# Der Aufruhr des schiefer Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Herrmann Mostat

„Das geht Sie'n Dred an!“  
 „Nana, man nich gleich so happig!“ lenkte der Beamte ein. So kam er nicht weiter. Er schwieg eine Weile. Seine Blicke fanden die alte Frau, die noch immer friedlich in ihrer Bibel las.  
 „Na, Mutter Matkathen,“ sagte er lächelnd, „das ist wohl schöner, was da drin steht, als was hier geredet wird, wie?“  
 Die Alte blickte auf: „Freilich, freilich!“ — und seufzte. Der Bauer hatte sich über die Bibel gebeugt. „Wolln Se ma heern, was hier steht?“  
 „Gerne,“ sagte der Inspektor, der Ablenkung froh. „An Bibelwort schadt nie.“  
 „Söhn Se, das meen ich oo! Dies ma vor, Mutter!“  
 Die Alte begann mühsam buchstabierend zu lesen, mit hoher, zittriger Greisinnenstimme, die Wägel hielten die Spinnräder an.  
 „Evangelium Matthäi, im 23. Kapitel, Vers 14: Weh euch, Schriftgelehrte und Pharisäer, ihr Heuchler, die ihr der Witwen Häuser fresset und wendet lange Gebete vor! Darum werdet ihr desto mehr Verdammnis empfangen.“  
 „Saj'n Se ma,“ unterbrach sie der Sohn und wandte sich an den Beamten, „is das eejentlich wahr, daß die olle Frau Jehnspundten drinne immer de Strafe ermittelt wärn soll?“  
 „Das weiß ich doch nicht!“ Der Inspektor log. Er hatte den Ermittlungsbefehl in der Tasche.  
 „Aha, das weech e niche. Dies man weiter, Mutter!“  
 „Weh euch, Schriftgelehrte und Pharisäer, ihr Heuchler, die ihr verzehnet die Rinde, Dill und Kümmel, und lasset dahinten das schwerste im Gesetz, nämlich das Gericht, die Barmherzigkeit und den Glauben!“  
 „Die Barmherzigkeit!“ rief der Alte. „Han Se jehertt, Herr Inspektor: de Barmherzigkeit? Wenn mir Bauern Steiern wöllten löjen uff die Barmherzigkeit von de harzog-

lichen Beamten: keenen Pfennich kriechte mer zu jähnl Keenen Pfennich! Freilich —“  
 „Die Beamten,“ versuchte der Inspektor zu Worte zu kommen, „tun nur ihre Pflicht!“  
 „Das han die Pharisäer sicher oo jesat,“ gab der Junge zurück.  
 „Ich bin doch kein Pharisäer und kein Schriftgelehrter, ich bin —“  
 „Amwer an Heichler sin Se!“  
 Der Alte ließ sich durch den Wortwechsel nicht stören. Seine eine Hand lag wieder neben den Papieren auf dem Tisch, seine andere ballte sich vor der Brust und tat sich wieder auf, ununterbrochen.  
 „— freilich, ihr wißt schon, wo mer mehr kri'e'n tut! Rinze un Dill un Kümmel, heechts da, un Haus un Hof un Acker un Weide un Fiesch un Felle, heechts heite, allens muß versteiert wärn bei de Lamendijen un bei de Loten! Jeschufft! hamwe ich mein janzes Bären lang, un ich hamwe noch drei Acker vertoofen miß'n an de harzogliche Kammer, drei Acker, die ich sellewer jepsfügt un jedüngt un jesät un jemäht hamwe in mein sauren Schweiß! Amwer das macht eich jo nich, dar schmedt eich jo so sieh als wie Zucker, dar laure Schweiß von de Bauern!“ Er griff nach den Papieren, der Beamte wollte sie ihm entreißen, aber er hielt sie fest, daß sie dicht vor seine Augen: „Da steht denn drinne, schwarz uff weiß, fünf Juden un zehn Juden un fufftich Juden, jeder Troppen an Juden, bis in de Tausend! Da, da han Se se widder, Ihre Blicke, ich müß se jar nich jäh'n, jar nich jäh'n will ich se —“  
 Der Beamte war jäh erblißt. Der junge Bauer nahm die Papiere auf, die der Alte zu Boden geworfen hatte, stieß sie dem Inspektor grob in die Hand, wies mit dem Daumen zur Tür und piff — der Zitternde folgte der Beste und retirierte.  
 „Jawoll,“ schrieb der Alte ihm nach, „jehn Se man zu Ihrem Herrn von Troseff, ja'n Se'n man, er soll sich jüt schmeden lassen aus sein silwernes Jeshirr, was Jinden aus de Knochen jemacht hat von de Armeester — ja'n Se'n man, er soll sich jüt schmeden lassen, seinen Wein, dar roter Schweiß von de harzer Bauern is — ja'n Se'n man, er soll ruhig weiter saufen un fressen mit seine harzolin, amer bezahln tu ichs niche, ich niche —“  
 „Un erzählen Se'n oo das,“ zischte draußen der junge Bauer, während der Beamte sein Pferd losband, „das von Baden, wo de Bauern losjeiangen sin mit Sensen un Mistjammeln, mo dar richtig Nana is, dar wo heder hecht!“

Bestelln Se man dön Herrn Minister, wir Unhäftichen Bauern han oo nicht zu fressn, un mir han oo Senen un Mistjammeln, un mir wissen oo, jöjen wän mir jehn könn'n — un mir han oo unsern Heder!“  
 Der Beamte war schweigend aufgejessen; der Bauer gab dem Pferd einen Tritt in den Hintern, daß es stieg und die steile Straße schraubend hinunterraiste...  
 Drauten im Flachland, in dem schmalen preußischen Gürtel, der sich zwischen Bassenstedt und Bernburg über die Börde zog, holte der galoppierende Beamte gleich hinter Wäherleben den Wagen ein, der vor seinem Besuch bei Matkath den Hof verlassen hatte. Er zwang sein Pferd im Schritt und ritt langsam an dem Gefährt vorbei, rief einen „Guten Abend auch“ zur Schopfstelle hinüber, bekam keine Antwort; die beiden Menschen darin schliefen, in ihre Pelze gehüllt, während die Pferde ruhig ihre Straße schritten. Der Beamte beugte sich zum Wagen hinüber, piff durch die Zähne und gab seinem Tier die Sporen — er hatte dem Lohgerber Calm erkannt.  
 Als das Pferd neben ihm auffspringend angaloppierte, jähren die Braunen in den Selen erschreckt zur Seite. Calm wachte auf, zog an der Leine, schnalzte beruhigend. In der Ferne sah er undeutlich den Reiter verschwinden. „Wär jaloppiert denn da noch so wild, mitt'n in de Nacht?“ knurrte er unwillig, versuchte aber nicht, sich eine Antwort zu geben.  
 Auch Sarah, die ihren Vater auf dieser Fahrt begleitet hatte, war aufgewacht. Fröstelnd zog sie die Decke enger um sich und sah aus dunklen, tiefen Augen über die Pferderücken und den in der Luft dampfenden Atem der Küstern weg in die ständige Schneelandschaft. Der Wagen kam nur langsam vorwärts, ins Stöhnen der Räder lang helltönig, zuweilen leise aufstreichend, der Schnee. Die Bäume zu Seiten der Straße wuchsen dick und schwarz auf und verplüßerten mit lahlen Ästen in den grauen Himmel, der, ungerundet, ohne Form, mit langlamen, schweren Wollenschritten, über die trübblaue Fläche kroch. Calm überlann kopfschüttelnd das tiefwinterliche dieses Märzmonats, das die Borräte der Bauern aufzehrt und ihre Armut fast zur Hungersnot machte — die Wilddieberei, die Holzdiebstähle im Harz wurden immer zahlreicher, obgleich die Strafen härter waren als der Winter. Aber Calm fühlte, daß heute Lawetter in der Luft lag — und es mußte einen stürmischen, wilden Frühling geben, um solchen Winter zu vertreiben. Calm lächelte in sich hinein. Er hatte dazu gehoffen, droben in den Bergen. Bald würde dieser Frühling sein Frühling, hinunterstreiten ins Tal, Kniestiefel an, Senen in den Häuten.  
 (Fortsetzung folgt.)



## Sind sie's oder sind sie's nicht? Der verdächtige Golddollar Erich Casses.

Die Ermittlungen gegen die Gebrüder Cass werden unermüßlich fortgesetzt. Bei der Kriminalpolizei haben sich eine Reihe von Zeugen gemeldet, die die Brüder in der kritischen Zeit in der Gegend der Disconto-Filiale gesehen haben wollen. Mehrere dieser Leute glauben die Cass' mit Bestimmtheit wiederzuerkennen. In der Nacht zu Mittwoch gegen 11 1/2 Uhr wurde Franz Cass nach der Kleiststraße gebracht, um bei derselben Beleuchtung einem der Zeugen gegenübergestellt zu werden. Der Zeuge will ihn bestimmt erkennen. Bei der Durchsichtung in der Wohnung wurde ein roteingebundener „Saling“, Handbuch für Börsenunde und Wertpapiere, gefunden. Das Buch ist, wie festgestellt wurde, im Februar d. J. von Erich und Franz in der Amelung'schen Buchhandlung in der Komischestraße gekauft worden. Weiter fand man eine Anzahl Ansichtspostkarten von Prag und es ergab sich, daß Max Cass kurze Zeit vor dem großen Bankseinbruch nach Prag gereist war. Ueber die Gründe, die ihn zu der Reise veranlaßten, schwieg er sich aus. Als verdächtig wird auch der Besitz eines Golddollars angesehen, den man bei Erich fand. Er behauptete, daß er die Münze am 30. Januar, also am Tage, da der Einbruch entdeckt wurde, an der Ecke der Reitelbeck- und Kleiststraße gefunden habe und will damit ausdrücken, daß die Uebe ihn verloren hätten. In dem Tresorfach einer Dame befand sich u. a. auch ein Golddollar. Die Dame kann aber nicht sagen, ob der bei Erich gefundene der ihrige ist.

Nach nicht bekannt sind die Eigentumsverhältnisse dreier goldener Uhren, die ebenfalls vorläufig beschlagnahmt sind. Die eine Uhr trägt die Nummer 31 236/70, die zweite die Nummer 182 292, die dritte ist eine Damenarmbanduhr mit Kettenband.

## 20 Bergarbeiter tot!

### Schwere Eisenbahnkatastrophe in Illinois.

Peoria (Illinois), 20. Februar.

Der Wagen eines Zuges, der 800 Bergarbeiter zu einem 15 Meilen entfernten Kohlenbergwerk beförderte, entgleiste während der Fahrt wahrscheinlich infolge Schienenbruchs und geriet in Brand. Nach den ersten Meldungen wurden etwa 20 Personen getötet. Fünf Leichen wurden bereits unter den Trümmern geborgen, ebenso 12 Schwerverletzte. Ambulanzen und Kisten in Privatautos haben sich zur Hilfeleistung an die Unglücksstelle begeben.

Zu dem schweren Unglück wird weiter gemeldet, daß die genaue Zahl der Toten noch nicht festgestellt werden konnte. Etwa 200 Personen wurden verletzt, einige wahrscheinlich tödlich. Der Wagen mit 250 Insassen des Zuges, der 11 Wagen mit 900 Insassen umfaßte, stürzte nach der Entgleisung eine 25 Fuß hohe Böschung hinab.

## Sängerbesuch im Krankenhaus.

### Freiluftkonzert bei 25 Grad Kälte?

Aus dem Reutöliner Krankenhaus in Budow erfahren wir ein Vorkommnis, das sich dort am vorletzten Sonntag abgespielt hat. Der Reutöliner Männerchor, Mitglied des Arbeiterfängerbundes, besuchte zwei im Krankenhaus liegende Sängergenossen und wollte ihnen selbstverständlich ein paar Lieder singen. Die erforderliche Genehmigung hatte er eingeholt und erhalten, doch sollte nur im Freien gesungen werden. Am Tage nach man draußen 23 Grad Kälte! Die beiden Kranken waren in zwei verschiedenen Pavillionen untergebracht. In dem einen Pavillion wurde den Sängern nach Rücksprache mit der Oberschwester erlaubt, im Flur zu singen. Dem drinnen liegenden Sängergenossen und anderen Kranken sowie den zu Besuch gekommenen Angehörigen war's eine Freude, dem Gesang zuzuhören. Dann gingen die Sänger zu dem andern Pavillion. Die Gesangsvorträge (Volkslieder, keine Tendenzlieder, denn die sind im Krankenhaus nicht erlaubt) wurden auch hier von den Zuhörern freundlich aufgenommen. Aber ein uniformierter Beamter des Krankenhauses trat dazwischen und verbot, im Flur zu singen. Im Freien hätte der Chor singen dürfen, das war erlaubt — bei 23 Grad Kälte! Die Zuhörer gaben ihrer Entrüstung über diesen unbilligen Eingriff kräftigen Ausdruck. Um einen Konflikt zu vermeiden, hörten die Sänger auf und verließen das Krankenhaus. Der Beamte hatte gewiß im Auftrage einer „höheren Stelle“ gehandelt. Man glaubt aber zu wissen, daß ein bürgerlicher Sängerverein bei einem früheren Besuch des Krankenhauses anders behandelt worden ist. Der Direktor soll sogar persönlich diesem Verein seinen Dank für Besuch und Gesang ausgesprochen haben. Daß im Reutöliner Krankenhaus einem Arbeiterfängerchor ein Schwelgereiz gemacht werden, ist nicht das erste Mal. Im Bezirk Reutölin hat das Degernot für Gesundheitswesen der Stadtrat Dr. Schmincke. Er ist Mitglied der kommunistischen Partei und wurde als ihr Kandidat zum Stadtrat gewählt. Ein Glück ist's, daß er nicht Sozialdemokrat ist. Denn dann würden die Kommunisten und ihre Presse sich ihn als den „Schuldigen“ anprangern und ein wütendes Geschrei erheben. Gegenüber Sozialdemokraten tun nämlich die Kommunisten so, wie wenn ein Stadtrat jeden Beamten und Angestellten seiner Verwaltung als Kuppelüberwacher betrachte. Es versteht sich von selber, daß auch Stadtrat Schmincke das nicht kann. Werden ihm seine kommunistischen Freunde das verzeihen?

## Sporiforum L.G. erhält den Sporipalast.

Unter recht erheblichem Andrang fand am gestrigen Mittwochvormittag vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg auf Antrag des Bezirksamts Tiergarten und der Schwelgereizlichen Volksbank die Zwangsversteigerung des Berliner Sporipalastes statt, der sich bekanntlich seit längerer Zeit in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten befindet. Die angemeldeten Forderungen bezifferten sich höhungsweise insgesamt auf 3,4 Millionen Mark, und an erster Stelle standen eine Forderung des Finanzamts Tiergarten in Höhe von 200 000 Mark für Steuern usw., sowie 2,8 Millionen Mark Hypothekendarlehen der Sporiforum L.G., einer von Schapiro zum Erwerb des Sporipalastes gegründeten Gesellschaft, der die Hypothekendarlehen der Schweizer Volksbank durch Vereinbarung abgetreten worden ist. Schapiro ging im Verlauf der Auktionen auf 2,4 Millionen Mark heraus. Weitere Gebote erfolgten nicht. Der Richter verkündete dann, daß der Zuschlag am Mittwoch, dem 27. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr erteilt werden wird, wobei es sich lediglich um eine Formalität handelt. Die Sporiforum L.G. beabsichtigt, den Sporipalast nach wie vor sporiforum-Zwecken dienlich zu machen, und ihn sogar über seine bisherige Verwendung hinaus auszubauen. Es sollen nämlich im Sporipalast Tennisplätze eingerichtet werden, um den Tennisport bei jedem Wetter ausüben zu können, und die Anlagen auch während des Vormittags und während des ganzen Tages ausmachen zu können. Im Sommer sollen ferner im Sporipalast Automobilausstellungen veranstaltet werden. Ein Umbau für Garagenzwecke kommt auf keinen Fall in Frage.

# Gesundheitsdienst am Volk.

## Zur Hauptversammlung der sozialistischen Alkoholgegner.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Alkoholgegner hielt am Dienstag im Fraktionslokal der Partei im Reichstag ihre Versammlung ab, die recht gut besucht war. Da der erste Vorsitzende, Reichsminister Severing, am Können verhindert war, eröffnete und leitete der zweite Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Tempel, die Versammlung.

Den Tätigkeits- und Rassenbericht erstattete der Geschäftsführer Dr. S. Drucker. Danach hat sich die im Sommer 1927 gegründete Arbeitsgemeinschaft erfreulich entwickelt. Das Arbeitsprogramm ist in Form eines Kurses hinausgegangen und von der Parteipresse und dem größten Teil der Gewerkschaftspresse abgedruckt worden. Es war und ist keineswegs beabsichtigt, eine neue Organisation zu schaffen, sondern es soll ein Kartell von sozialistischen Organisationen sein mit der Aufgabe, den verderblichen Alkoholisismus in der Arbeiterschaft energisch zu bekämpfen. Neu hinzugekommen sind in der Zwischenzeit der Touristenverein „Die Naturfreunde“ und der Verein sozialistischer Akademiker. Die erste Gewerkschaft, die sich sofort angeschlossen hatte, war der Bergarbeiterverband. Leider sind inzwischen von Gewerkschaftseite keine weiteren Ansätze vollzogen worden. Diese und die auch noch immer abwartend sich verhaltenden Arbeitersportorganisationen zu gewinnen, wird Aufgabe der Zukunft sein. Im ganzen sind 19 Korporationen der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen und 74 Einzelmitglieder. Die Außenarbeit hat sich besonders mit dem kommenden Schankstättengesetz beschäftigt. Die Reichstagsfraktion und die Mitglieder des volkswirtschaftlichen Ausschusses haben diese Arbeiten sehr gefördert. Einzelne im Völkerverband vertretene Regierungen haben vorgeschlagen, einen Sachverständigenausschuß für Alkoholprobleme einzusetzen. Dieser Aktion hat sich der Ausschuss angeschlossen. Unsere Gewerkschafts- und Volkshäuser werden fortwährend bearbeitet, auch den Konsum alkoholfreier Getränke zu fördern. Die Hilfe der Arbeiterpresse wird dankbar anerkannt, aber die neue Korrespondenz mußte noch mehr benutzt werden. Dem Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit sind Hochreferenten zur Verfügung gestellt worden. Scharfe Kämpfe sind gegen die bürgerlichen Alkoholgegner zu bestehen. Die Arbeitsgemeinschaft ist der Reichshauptstelle gegen den Alkoholisismus angeschlossen. Die Arbeit, die sie hier geleistet hat, erstreckt sich sogar auf verschiedene Ministerien. Die Gründung von örtlichen Arbeitsgemeinschaften schreitet fort, es gibt solche in Berlin, Magdeburg, Weihenstephan, Dortmund und Neumünster. Die Finanzen sind befriedigend. In der sich anschließenden lebhaften Aussprache wurde allseitig die erfolgreiche Arbeit des Genossen Dr. Drucker anerkannt. Es wurden eine ganze Anzahl wertvoller Anregungen zur praktischen Arbeit gegeben. Besonders eindringlich wurde die Forderung der Wahrung der Autonomie der Konsumgenossenschaften in dem Vertaus alkoholhaltiger Getränke größte Zurückhaltung auferlegen. Am besten sei es, sie stellen ihn ganz ein.

Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig

wiedergewählt. Es gehören ihm an: Karl Severing (erster Vorsitzender), Hermann Tempel (zweiter Vorsitzender), Beisitzer: Siegfried Kufhäuser, Professor Grotjahn, Regierungspräsident Dr. Grünner, Hufemann (Bergarbeiterverband), Marie Zuchacz (Arbeiterwohlfahrt), Th. Kreyschmar (Arbeiter-Samariterbund), Dr. Kurt Löwenstein und Loni Pfall. Neu hinzugewählt wurden als Beisitzer Genossin Warm und Genosse Sellmann. Geschäftsführer ist Dr. S. Drucker, Berlin SO. 16, Nikolaikirchplatz 4.

## Neuer Kinderhort in Kreuzberg.

Die Betreuung der Kinder in Horten überläßt man heute nicht mehr der Tätigkeit von Vereinen. Es mehren sich in Berlin die Kinderhorte, die von der Stadt eingerichtet und betrieben werden.

Der Verwaltungsbezirk Kreuzberg erhielt vor anderthalb Jahren seinen ersten städtischen Kinderhort im Schulhause Baldemarstraße 77. Der zweite städtische Kinderhort des Bezirkes ist jetzt im Schulhause Görlicher Straße 51 eingerichtet worden. Am Dienstag wurde er mit einer kleinen Feier eröffnet, an der Mitglieder des Bezirksamtes, der Bezirksversammlung, der Stadtverordneten, Vertreter der Schulverwaltung, der Jugendwohlfahrt usw. teilnahmen. Bürgermeister Genosse Dr. Herz wies auf den Plan hin, den Bezirk nach und nach mit einem Netz von Kinderhorten auszurüsten. An der Vermittlung wird gearbeitet, aber sie wird nicht so rasch möglich sein, wie man es wünschen möchte. Nicht nur die Geldknappheit bringt Erschwerungen, es fehlt auch an geeigneten Räumen. Im Schulhause Görlicher Straße 51 hat man für den Kinderhort ein freundliches Heim zu schaffen verstanden, das den Kindern eine Stätte der Freude und des Glückes sein wird. Seine Majestät das Kind soll hier herrschen, sagte Bürgermeister Herz, und Liebe zum Kinde wird in diesen Räumen walten. Stadtrat Genosse Jachow, der Degernot für die Jugendwohlfahrtspflege, erläuterte die Einrichtungen des neuen Hortes. Für alles Notwendige ist gesorgt worden. Ein Raum zur Anfertigung von Schularbeiten, ein Raum zum Spielen, ein kleinerer Raum für Besetztaubige sind vorhanden. Zu den Nebenräumen gehört auch ein eigenes Brausebad, das für den Kinderhort eingerichtet werden mußte, weil diesem Schulhaus eine Brausebadanlage fehlt. Schulrat Bauer überbrachte Glückwünsche der Schulverwaltung. Das Leben im Hort werde, hofft er, zum Gemeinschaftsleben erziehen. Die Gäste beschäftigten dann die Räume, die mit ihren heiteren Farben sehr anheimelnd wirkten.

## Auf Eisfshollen in den Rhein getrieben.

### Zehn Menschen in größter Lebensgefahr.

Duisburg, 20. Februar.

Auf dem für den Verkehr freigegebenen Eis des zugefrorenen Rheins an der Ruhrort-Hamburger Brücke lösten sich heute abend plötzlich Schollen und trafen Stromabwärts. Von den zahlreichen Personen, die sich zu dieser Zeit auf dem Eise befanden, konnten sich die meisten an die Ufer retten. Eine Gruppe von vier bis sechs Personen und eine von vier oder fünf Personen wurde jedoch mit dem Eise rheinabwärts entführt. Ein Mann versank im Wasser. Einer legte Nachricht zufolge sind alle Personen gerettet worden.

## Stapellauf des Motorschiffes „Milwaukee“.

Hamburg, 20. Februar.

Auf der Werft von Blohm u. Voß wurde der jüngste Motorschiffneubau der Hamburg-Amerika-Linie, „Milwaukee“, seinem Element übergeben. Der Bürgermeister von Milwaukee, Hoan, hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Vor nicht langer Zeit war es undenkbar, daß Angehörige der beiden Länder, denen wir angehören, so freundschaftlich gemeinsame Interessen bekundeten. Wenn sich die Entwicklung der menschlichen Beziehungen zwischen den Angehörigen der beiden großen Nationen wieder in friedlichen Bahnen abspielt, so ist das ein glänzender Beweis für die Entwicklung der internationalen Beziehungen überhaupt. Wir wissen, daß dieses neue schöne Schiff stets ein Bote des Friedens sein wird. Alle Bürger Milwaukee sind hochzufrieden, daß der Name unserer Stadt am Bug dieses Schiffes stehen wird. Kurz darauf legte sich das 17 000-Tonnen-Schiff in Bewegung, begrüßt von Rufen und Lärmschwenken der Menge.

## Lodessturz aus dem fahrenden Zug.

Neben den Gleisen der Berlin-Jessener Bahn wurde gestern zwischen den Stationen Mariensfelde und Lichtenrade von einem Straßenwärter die Leiche eines Maurers gefunden. Der Leiche, der völlig erstarrt war, wies am Kopf mehrere Wunden auf. Der Beamte benachrichtigte die Polizei. Ne an Hand vorgefundener Papiere feststellte, daß es sich um den Stadtoberinspektor Richard Hempel aus Lichtenrade handelte. Da ein Selbstmord ausgeschlossen erscheint, bleibt nur die Annahme übrig, daß Hempel das Opfer eines Unglücksfalles geworden ist. Wenn Ansehen nach hat H. die Abteilur vorzeitig geöffnet, dabei den Halt verloren und ist unbemerkt aus dem fahrenden Zug gestürzt. Es besteht die Vermutung, daß der Berufsfall mit seiner schweren Kopfverletzung hilflos zwischen den Gleisen liegen geblieben und dann erfror.

## Jungvögel tanzt im Kreise.

Das Bezirksjugendamt Charlottenburg hatte am vergangenen Dienstag mit dem Märkischen Tanzkreis Berlin (Herbert Deike) ein Volkstanzfest veranstaltet und die Kühnheit befehlen, dazu den Normorfal des Zoo zu nehmen. Ob der Jugendamt die Kosten, die ihm daraus erwachsen, verantworten kann, soll seine Sache sein. Gelacht muß werden, daß ihm die Kühnheit zum vollen Bewusstsein hat. Der kostbare Rahmen des Saales — blau, gelb und gold — verband sich in harmloser Weise mit den bunten Gewändern der Mädchen und der Jungen. Und das Ganze war ein so überaus feines und liebes Bild, daß selbst die feudalen Herren Ober des Zoo anfangs aus dem Staunen gar nicht heraus kamen. Und soviel Fröhlichkeit und Sitzenmonoden wie an diesem Abend wird der Zoo sobald nicht ausgehen haben. Zwei einsame Zigarettenraucher waren Gegenstand lebhafter Mißbilligung. Es war ein Fest ohne Alkohol und Nikotin, zu dem sich die Jugend von rechts bis links zusammengefunden hatte. Herr Stadtrat

de Roon begrüßte die Anwesenden, Eltern und Jugend, und die Leiterin der städtischen Jugendwohlfahrt, Stadträtin Wegl. Aber so ganz widerspruchlos kann man, was er über die Herkunft der Tänze sagte, nicht hinnehmen. Er meinte, die Jugend habe sie draußen auf dem Land gefunden und sie in die Stadt mitgenommen. Auf dem Lande werden alle diese Tänze, geknüpften und gekrümmten Tänze kaum noch gefunden, und man ist als Wanderer mitunter recht verblüfft, wenn man sieht, wie sich in einem kleinen Abköpfigen Kest, wo doch eigentlich das deutsche Volkstum recht zu Hause sein müßte, zur Armes „Bor“ und „Diale“ und „Bajaband“ aufstun und auch so bezeichnen. Es war vielmehr Gertrud Meyer, die um 1910 herum alle die alten Tänze sammelte und bei Teubner herausgab. Ihr folgten Fritz Jöde und Alice Hirschfeld. Man kann also richtiger sagen: Ein Teil unserer Jugend findet Freude an diesen harmlosen Tänzen; sie nimmt liebend an, was das Land zum größten Teil bereits abgestoßen hat und ja nicht mehr haben will, und sucht es in der Stadt wieder zu bewahren. Bötsche Kreise versuchen damit die Erfindung eines Volkstums zu beweisen, das sich zum weitläufigsten Teil längst verflüchtigt hat. Uebrigens sind sehr viele alte Volkstänze keineswegs deutschen, sondern schwedischen und auch dänischen Ursprungs.

## Explosion in einer Dynamitfabrik.

### Fünf Tote und sehr viel Schwerverletzte.

Paris, 20. Februar.

Eine furchtbare Explosion ereignete sich, wie aus Paris telegraphisch mitgeteilt wird, in St. Martin bei Arles in einer der Sociétés Anonyme de Produits Chimiques gehörenden Dynamitfabrik. Das Nitroglycerinwerk stieg in die Luft. Fünf Arbeiter wurden getötet. Bisher wurden drei entsetzlich verunstaltete Leichen geborgen. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht festgestellt, doch befürchtet man, daß sie sehr hoch sein wird.

## Warenhausbrand in Ratibor.

Im Warenhaus W. Jernik brach am Mittwoch früh Feuer aus, das das ganze Gebäude ergriff. Auch der Dachstuhl des Nachbargebäudes geriet in Brand. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Ueberhitzung der Dampfheizung entstanden.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Nächste Theater-vorstellung am Sonntag, dem 24. Februar, nachmittags 3.15 Uhr im Staatlichen Schillertheater Charlottenburg. Gespielt wird „Der Londoner verlorene Sohn“ von Shakespeare. Karten zu 1,50 M. einschließlich Garderobe und Programm sind noch bei allen Funktionären der Kreise und Abteilungen sowie in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2 — Graphischen Hilfsarbeiterverband, Ritterstraße 1 — Zigarrengeschäft Horch, Engelauer 24/25, in den Vorwärts-Expeditionen — und im Bureau des Bildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof II, Zimmer 11, zu haben.

Die eleganteste Frau Rußlands. Die kommunistische Arbeiter-Zustuffierte hat die Teilnahme der sozialdemokratischen Minister an dem Presseball, die sich in der lachlichsten und zurückhaltendsten Weise abgespielt hat, zu einer besonders gemeinen Heße gegen die Minister und die Partei benutzt. Die gebührende Antwort erteilte diesen Leuten die neueste Nummer der illustrierten Republikanischen Zeitung. Man sieht dort die Frau des Sowjetministers Lunarschanski, die bekanntlich den Chegely hat, die eleganteste Frau Rußlands zu sein, in einem parfümbloven Seidentrimono mit leuchtend bunter Seidensideler und bunt-goldener Bordüre in einer zum mindesten ungewöhnlichen und reichlich kapriziösen Haltung abgebildet. Man sieht den Berliner Sowjetboischafter Kreiskinski beim Empfangabend der Presse. Man sieht die Sowjetboischafterin Kollontaj sich in kostbarer Kleidung zur Eintritsliste beim norwegischen König begeben. Kurz und gut, die Kommunisten sollten zuerst vor und in ihrem Stall stehen, ehe sie anderer Leute Häuser beschneifen.



# Bekanntmachung

für alle Freunde der

## Waldorf-Astoria Zigaretten.

Ausser unseren bewährten Marken

Oberst

5<sup>⁄</sup>ₛ

Astor-Haus

6<sup>⁄</sup>ₛ

Blau Punkt

8<sup>⁄</sup>ₛ

bringen wir als **Neuheit** auf den Markt:

**Staufia** 5<sup>⁄</sup>ₛ

**Staufenzug** 6<sup>⁄</sup>ₛ

**Edle v. Staufen**

10<sup>⁄</sup>ₛ



Die Qualitäten werden Sie restlos befriedigen.







# Betriebsicherheit der Reichsbahn.

## Regierungserklärung und Debatte im Reichstag.

Im Reichstag teilte am Beginn der Mittwochs-Präsident Lohde mit, daß für die Staatsgerichtshof-Verhandlung über die finanziellen Streitigkeiten zwischen dem Reich und einigen Ländern vom Reichstag als Beisitzer die Abgg. Landsberg (Soz.) und Dr. Rademacher (Dnat.) gewählt sind.

Der Verkehrsausschuß erludt in einer Entschließung die Reichsregierung, auf dem Weiterbestehen der Eisenbahnausbesserungswerke in Frankfurt a. d. O. und Olgau hinzuwirken, mindestens noch für einige Jahre. Dazu sprechen einige Redner.

### Abg. Buchwitz (Soz.):

Für notwendige Rationalisierungsmahnahmen muß man Verständnis haben, aber die Schließung dieser Werke ist nicht zu billigen. Man begründet sie durch den Wirtschaftskrieg mit Polen, aber der wird doch nicht ewig dauern. Will man denn, wenn es soweit ist, neue Werkstätten errichten? Die Erparnis von 2 bis 3 Millionen wird reichlich aufgewogen durch die schwere materielle Schädigung der beiden Städte. Die Arbeiter- und Beamtenräte der beiden Werkstätten können der Reichsbahn beweisen, daß der erwartete Spareffekt nicht eintreten wird. Es soll zu zeigen, daß man für den bedrängten Osten nicht nur Worte, sondern auch Taten hat. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Rönneburg (Dem.): Der Reichstag hat bei der Reichsbahn noch nicht allzu oft Gehör gefunden, aber da er hier die Interessen des Ostens vertritt, muß die Reichsbahn seinem Reichstags Rechnung tragen.

Stellv. Reichsverkehrsminister Schädel: Wie bisher wird sich die Regierung auch weiter bei der Reichsbahn für die Rationalisierung der beiden Werke einsetzen.

Unter Ablehnung eines kommunistischen Antrages („Schließung unterbleibt“) wird die Entschließung des Ausschusses angenommen. Es folgen die Interpellationen der Kommunisten und der Deutschnationalen über

### Die Eisenbahnkatastrophen des letzten Sommers und die Zustände bei der Reichsbahn.

Stellv. Reichsverkehrsminister Schädel führt in Anknüpfung an die großen Eisenbahnunfälle des vorigen Sommers und unter Hinweis auf den Bericht des damals eingesetzten Untersuchungsausschusses u. a. aus:

Nach eingehender Untersuchung muß anerkannt werden, daß es der Reichsbahn trotz ihrer außerordentlich schwierigen finanziellen Lage bisher gelungen ist, ihren technischen Apparat in betriebsfähigem Zustand zu erhalten. Es ist natürlich, daß Mängel aus der Kriegs- und Nachkriegszeit vorhanden sind. Zu deren Beseitigung und zur weiteren Erhöhung der Betriebsicherheit kann nicht genug getan werden. Deshalb werden die Anregungen, die der Untersuchungsausschuß gegeben hat, mit allen Kräften weiter verfolgt werden.

Zur Erneuerung des Oberbaues müssen noch 7700 Kilometer des Gesamtnetzes nachgeholt werden, aber es befinden sich auch die Gleise und Weichen älterer Oberbauformen vollkommen betriebsfähig. Die Güte des Schienenmaterials und die Frage der Verwendung verschleißfester Schienen für besonders beanspruchte Streckenteile wird mit besonderem Nachdruck behandelt. Der Kottenführerdienst soll besser bewertet werden durch Hebung der Kottenführer und Schaffung neuer Kottenmeisterstellen.

Die Vertretung von Bahnmessern und deren Entlastung von nichttechnischer Verwaltungsarbeit ist geregelt. — Die Durchsicht- und Abfertigung leichter und schwerer Wagen bei der Zugbildung soll nach Möglichkeit vermieden werden.

### Die gleichzeitige Einstellung hölzerner und eiserner Wagen ist noch nicht immer zu umgehen.

weil die Zahl der eisernen Wagen noch verhältnismäßig gering ist. Neue Personen- und Gepäckwagen werden ganz aus Stahl hergestellt. Nur für die Innenausstattung, die innere Verkleidung und den Fußboden wird noch Holz verwendet. Die Stirnwände der Wagen und die Enden der Dächer werden als Raumkonstruktionen ausgebildet.

Der Minister kündigt zahlreiche weitere Sicherungsmaßnahmen technischer Art an und fährt fort: Die Rangiervorschriften werden neu geregelt, die Vorschriften dem Personal durch fortgesetzte Unterweisung und Belehrung ständig nahegebracht.

Das Personal verdient in vollstem Maße Anerkennung und Dank. Die Regelung der Arbeitszeit in der Vorkriegszeit war für das Personal ungünstiger als heute. Wenn man die Schichtzeiten von damals und heute vergleicht, war auch das Personal in dieser Richtung damals nicht besser daran, jedoch ist das Personal der Deutschen Reichsbahn im allgemeinen stark belastet und in einzelnen Fällen eine Entlastung notwendig. Das soll beachtet werden. Die Dienstvorschriften dürfen nicht ergrahrig ausgelegt und gehandhabt werden und müssen den örtlichen Verhältnissen angepaßt sein. Reinigungsverschiedenheiten über die Vorbereitungs- und Abschlußdienstzeit zwischen Personalvertretung und Dienststellen sollen in der Weise ausgeräumt werden, daß von den beteiligten Dienststellen und vom Personal innerhalb eines bestimmten Zeitraumes Aufzeichnungen über den notwendigen Zeitaufwand gemacht werden, die dann als Grundlage für Verhandlungen über die Aufstellung oder Änderung der Dienstpläne dienen. Bei allen Untersuchungen zur Feststellung der Arbeitsintensität muß die Personalvertretung hinzugezogen werden. Die Sonntagruhe des Personals muß im weitesten Umfange gewahrt werden.

Das Reichsverkehrsministerium ist sich bewußt, daß für die Qualität der Dienstleistung vor allem der Geist entscheidet, in dem die Bestimmungen gehandhabt werden, und daß

### Arbeitslust und Arbeitskraft durch die Zufriedenheit des Personals bedingt

sind; es wendet der sozialen Fürsorge, vor allem der Wohnungsfürsorge, größtes Interesse zu.

Die zur Verbesserung der technischen Anlagen, der Betriebsführung und der Personalverhältnisse gebotenen Maßnahmen erfordern jährlich durchschnittlich 465 Millionen Mark.

### Die Betriebsicherheit ist daher mit einem Wort eine Geldfrage

und wird dies mit zunehmender Abnutzung der Anlagen in der Zukunft immer mehr werden. Die Reichsbahn hat es bisher als ihre oberste Pflicht betrachtet, die zur Erhaltung des betriebsfähigen Zustandes nötigen Mittel unter allen Umständen bereitzustellen. Der Reichsbahn hat es aber häufig an Mitteln gefehlt, die Erneuerungsrückstände der Kriegs- und Nachkriegszeit in dem durch das Verkehrsbedürfnis gebotenen Tempo aufzuholen und dem technischen Fortschritt anzupassen. Dadurch ist zwar die Betriebsicherheit nicht berührt worden, da die verzögerte Erneuerung durch vermehrte Unterhaltung und gegebenenfalls durch Abminderung der Geschwindigkeit ausgeglichen wurde. Dies ging alles jedoch nur eine gewisse Zeit. Bei andauerndem Fehlen der erforderlichen Geldmittel kann es nicht ausbleiben, daß die Anlagen künftig den Ansprüchen gegenüber einmal verfallen, und daß die Reichs-

bahn immer mehr im Wettbewerb moderner Verkehrsmittel zurückkommen wird. Durch die dann zu erwartenden Einnahmehinfortfälle kann schließlich das jetzt erreichte Gleichgewicht ihrer Betriebsrechnung ebenso erschüttert werden, wie durch neue Lasten. Das Kernproblem der Reichsbahn bleibt daher, Geld zur Erhaltung und Erhöhung der Betriebsicherheit zu schaffen. Die Reichsregierung ist sich der Schwere dieses Problems in vollem Umfange bewußt und der Schwierigkeiten klar, die

angeht der auf der Reichsbahn ruhenden politischen Last und der Unmöglichkeit, unter den gegebenen Verhältnissen Tariserhöhungen vorzunehmen, und Anleihen zu begeben,

sich der Lösung entgegenstellen. Die Reichsregierung wird ungeachtet dieser Schwierigkeiten die zeitgemäße Fortentwicklung des deutschen Eisenbahnwesens und vor allem die Sorge für die Betriebsicherheit der Reichsbahn stets als vornehmste Aufgabe betrachten. (Beifall.)

Eine Entschließung des Verkehrsausschusses fordert u. a. zentralisierte Sicherungsanlagen, Umbau veralteter Bahnhöfe, verstärkte Gleispflege, Kürzung der Arbeitszeit, ferner beschleunigte Erneuerung des Oberbaues, der Brücken und Tunnels, sowie Erlass veralteter Personenwagen. Die Geldmittel sollen dadurch beschafft werden, daß der Reichsbahn die unmittelbare Haftung für die Reparationszahlung abgenommen und ihr eine geordnete und plannmäßige Anleihenwirtschaft ermöglicht wird.

### Abg. Scheffel (Soz.):

Die Denkschrift des Untersuchungsausschusses ist leider dem Hause noch nicht vollständig bekannt. Von den 14000 Dienststellen konnte der Ausschuß nur etwa 100 besuchen. Allerdings sind die Verhältnisse im ganzen Reich ungefähr dieselben. Technisch brauchte sich die Reichsbahn hinter anderen Ländern nicht zu verstecken, aber die mangelnde Einheitlichkeit der Sicherheitsrichtungen ist doch bedenklich. Wenn auch die letzten Unglücksfälle durch das Ueberfahren von Haltesignalen verschuldet worden sind, so haben sich die Verklagen gegen die Lokomotivführer doch immer als haltlos erwiesen: die Fenster waren vereist, auch ist das Gesichtsfeld auf den modernen Maschinen zu klein, und die Beleuchtung der Signale läßt viel zu wünschen übrig, zumal sie noch oft durch Petroleumlampen erfolgt, die von den besten elektrischen Lampen der Bahnhöfe überstrahlt werden. Die Lokomotivführer wünschen seit langem die Einführung von Nebensignalen. Es ist auch nicht notwendig, daß Jäger mit der Höchstgeschwindigkeit durch die Stationen fahren. Die Sicherheit muß an erster Stelle stehen. Die hölzernen Personenwagen, die sich bei Unglücksfällen wie Eierkörben zusammenschieben, müssen verschwinden. Beim Siegesdorfer Unglück hat der Münchener technische Sachverständige solche Mängel des Oberbaues festgestellt, daß Katastrophen unvermeidlich waren. Bei dem mechanischen Personenaufbau wurde auf die Erfordernisse des Betriebes keine Rücksicht genommen. Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß an vielen Dienststellen im Herbst 50-60 Proz. des Personals seinen Urlaub nicht erhalten hatte. Es schickte sogar an Leuten, um Sicherheitsposten für arbeitende Rotten zu stellen. (Beif. hört! hört! b. d. Soz.) Die Reichsbahn soll doch ein gemeinnütziger Betrieb sein, aber nicht ein gemeingefährlicher Betrieb.

Die Zufriedenheit des Personals hat auch der Minister als unerlässlich bezeichnet. Aber 330 000 Reichsbahnbeamte sind durch die Besoldungsreform von 1927 erheblich benachteiligt worden. Und was

### die Arbeitszeit

anbelangt, so beträgt sie gerade bei den verantwortungsvollsten Angestellten nur in 3,6 Proz. 48 Stunden pro Woche, in 17,9 Proz. 49-53 Stunden, fast in der Hälfte 54 Stunden, so sie steigt bis auf 63, und schließlich sogar bei 7,25 auf 73 Stunden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Dabei haben diese Angestellten oft lange Wege zurückzulegen, sehr oft Nachdienst und bei den unvermeidlichen Betriebs-

störungen, Verspätungen usw. noch bedeutend längere Arbeitszeit. Wenn sogar der so maßvolle und vorsichtige Untersuchungsausschuß eine Entlastung des Personals verlangt, so ist das deutlich. Das Ergebnis liebentölicher Verhandlungen der Reichsbahn-Gesellschaft mit den Gewerkschaften war, daß für ganze 2,3 Proz. des Betriebspersonals die Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden in der Woche herabgesetzt worden ist. Das kostet die Reichsbahn rund 1 Million Mark im Jahre, sie gibt aber der Öffentlichkeit ungleich höhere Beträge an. Wir Gewerkschafter sind Realpolitiker, wir fordern, was recht und billig und was auch durchführbar ist.

Zukunftswechsel sind von der Reichsbahndirektion schon oft ausgestellt worden. Hoffentlich ist es mit der verprochenen Revision der Dienstvorschriften nicht auch so. Auch die Lokomotivführer haben eine Arbeitszeit bis 56 Stunden auf den Hauptbahnen und bis 57 Stunden bei „einischen Verhältnissen“. Das nennt man Verkürzung der Arbeitszeit! Herr Dörpmüller weigert sich, die Dienstvorschriften zu ändern, obwohl das auch die Vertreter der Reichsbahnhauptverwaltung im Untersuchungsausschuß gefordert haben. 16stündige Schicht innerhalb 24 Stunden kommt immer noch vor, und

### zahllose Beamte haben nur 4-6 freie Sonntage im Jahr,

was die schwerste Zerrüttung des Familienlebens zur Folge haben muß. Auch das schädliche Prämienystem besteht noch, so in den Lokomotivleistungsprämien. Nicht nach der vorgezeichneten Kilometeranzahl, sondern erst viel später kommen zahlreiche Lokomotiven in die Reparatur. Dabei übersteigen die Unfallzahlen im Reichsbahnbetrieb die der Ostseebahnen um 60 Proz., da bei der Reichsbahn die höchsten Anforderungen gestellt werden! Darunter muß die Betriebsicherheit leiden. Der ungeheure Ruß von Berordnungen ist nur zum geringen Teil durchführbar, auf Klagen über gefährliche und überlange Arbeit erhalten die Beschäftigten oft genug keine Antwort. (Hört! hört! b. d. Soz.)

Die Reparationsverpflichtungen samt Verkehrssteuer der Reichsbahn würden bei unverändertem Fortbestehen des Dawesplanes von 3785 auf 4750 Millionen im Jahre steigen, noch ohne Verzinsung der Bausparaktien und ohne Pensionen. Gespart werden könnte vielleicht beim Materialeinkauf, im Eisenbahnzentralamt soll manches spart sein. Auch

die Leistungszulagen von einigen 20 Millionen im Jahre sind nicht notwendig, besonders für solche Leute, die sie als Belohnung für das Befolgen, was andere geleistet haben.

(Sehr gut b. d. Soz.) Gespart werden könnten auch die großen Zuwendungen an Technische Ratschläge und Bahnklub. Da wird exerziert und experimentiert, um für „Sabotageakte“ gerüstet zu sein. Nach einer solchen Übung und darauffolgender Stärkung fuhr am 30. Oktober 1928 bei Beglar ein Gleisstromwagen gegen eine Lokomotive, ein Later und drei schwerverletzte Reichsbahnbeamte waren die Opfer.

Ausreichende Entlohnung und gute Behandlung des Personals würde der Reichsbahn den besten Bahnschutz sichern. Ersparnisse wären auch zu machen durch eine vernünftige Abgrenzung der Direktionsbezirke nach wirtschaftlichen Gründen.

### Der Reichsregierung und dem Reichstag muß ein weitgehendes Mißbilligungs- und Ausschlußrecht eingeräumt werden,

während sie heute nicht den geringsten Einfluß auf die Reichsbahn haben. Mit unserer Zustimmung zur vorliegenden Entschließung wollen wir keineswegs einen Druck auf die Pariser Verhandlungen der Sachverständigen ausüben, denn wir beabsichtigen keineswegs eine Störung dieser für das deutsche Volk unendlich wertvollen Verhandlungen. Regierung und Reichstag müssen die Möglichkeit haben, die Reichsbahn zu einer gesunden Finanz- und Personalwirtschaft zu bringen. Es lohnt sich wohl, alle Kräfte einzusetzen, um diesen wertvollsten Besitz des deutschen Volkes so zu gestalten, daß er allen berechtigten Wünschen des reisenden Publikums und des Personals Rechnung trägt. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Quack (Dnat.): In drei Jahren sind mindestens zwei Milliarden zum Ausbau erforderlich. Man sieht, daß der Dawes-Tribut aus der Substanz der Eisenbahn bezahlt wird. Die Reichsbahn muß ihre Bestellungen in gefährlicher Weise droffeln, während Staatsbetriebe die Wirtschaft fördern sollen. Besonders für die Grenzmarken muß viel geschehen, die Tarife für Ostpreußen müssen verbilligt werden. Die Eisenbahn muß wieder zu einem Instrument der nationalen Wirtschaft werden. (Beif. rechts.)

Beitragberatung: Donnerstag 2 Uhr. Schluß: 6 Uhr.

# Preußischer Innenetat durchberaten

## Schwächliche Opposition. — Dunkelmannanträge angenommen.

Im Preussischen Landtag wurden am Mittwoch die Abstimmungen zum Innenetat vorgenommen. Sie beschäftigten die Festigkeit der preussischen Regierung insoweit, als bei sämtlichen Anträgen die Entscheidung so fiel, wie es der Innenminister gewünscht hatte. Trotz der Schärfe, mit der Innenminister Grzejski seinen Etat vertreten hatte, hatten die Oppositionsparteien auf die früher übliche Demonstration des Mißtrauensvotums oder der geforderten Abstimmung über das Ministergehalt verzichtet. Vereinzelt Vorstöße der Oppositionsparteien bezogen sich auf Kleinigkeiten und verliefen schwächlich. Die Aufwärtler forderten, daß die städtischen Sparkassen die inflationsgeschädigten Sparer nicht mit 15, sondern mit 20 Proz. entschädigen sollten. In sich wäre es natürlich jedem Menschen sympathisch, die geschädigten Sparer mit 100 Proz. aufzuwerten; aber schon die 5 Proz. mehr, welche die Aufwärtler fordern, hätten die Gemeindefassen mit neuen 700 Millionen Ausgaben belastet. Da kein Wnesh weiß, woher die Kommunen dieses Geld nehmen sollen, mußte gewissermaßen der Antrag abgelehnt werden. Ein nationalsozialistisches Hehlwort in Köln, den „Westdeutschen Beobachter“, hat der Oberpräsident der Rheinprovinz wegen frecher Schmähung der Republik auf längere Zeit verboten. Der Antrag der Nationalsozialisten, dieses Verbot aufzuheben, fiel mit mehr als Zweidrittelmehrheit, obwohl auch in diesem Falle die Kommunisten den Deutschnationalen und Völkischen Gefolgshandlungen leisteten.

Es blieben von dem ganzen Innenetat als unerfreuliche Er-

scheinung nur einige Anträge übrig, die sich auf den geforderten schärferen Kampf der Polizei gegen Schmutz und Schand und auf noch höhere Bevorzugung der Geistlichen in den Krankenanstalten richteten. In der letzten Frage stimmten alle bürgerlichen Parteien zu, gegen die neuen Verheirathungsanträge protestierten — aber ebenfalls vergeblich — mit den Sozialdemokraten und Kommunisten auch die Demokraten.

Diese Anträge haben von früheren Erfahrungen her eine gewisse Beunruhigung in der Öffentlichkeit hervorgerufen, weil man neue Eingriffe in die Freiheit von Kunst und Wissenschaft befürchtet hat. So sehr auf diesem Gebiet Aufmerksamkeit am Plage ist, so sehr sind auch diese Befürchtungen übertrieben: das Zentrum hat jedes Jahr derartige Anträge gestellt, und sie sind jedes Jahr angenommen worden, ohne daß deswegen Polizei und Justiz sich allzu weit auf dieses schlüpferige Gebiet hinausgewagt hätten. Es ist nicht anzunehmen, daß der Erfolg des Abgeordneten Pöhlender, der Nachfolger und Erbe des alten Zentrumsmanes und Stützpfeilers Koerner ist, in diesem Jahre größere Wirkungen auslösen wird.

Am übrigen setzte der Landtag die Beratung des Handels-etats fort. Mittelständler und Nationalsozialisten weiferten, ihr gänzliches Unverständnis für die moderne Wirtschaft zu beweisen. Beide erreichten dabei den Weltrekord des Unverständes.

Am Donnerstag soll die Beratung des Handels-etats zu Ende geführt werden.

## Bei doppelseitiger schwerer Lungentuberkulose geholfen!

Unterzeichneter leidet seit 7 Jahren an schwerer doppelseitiger Lungentuberkulose und war schon zweimal in Heilstätten in Behandlung. Aber ohne Erfolg, und von den Aerzten als unheilbar entlassen. Kurz danach hatte ich einen schweren Blutsputz und war bettlägerig mit 39-41 Fieber. Da versuchte ich Ihr Nymphosan, der Erfolg war der, daß ich nach 10 Tagen meine Beschäftigung wieder aufnahm. Blutsputzen, Fieber und Auswurf sind heute verschwunden, an ihre Stelle sind Appetit und Lebensfreude getreten. Ihr Lungendalkam hat mir geholfen. S. W. Krefeld. Preis der Flasche Nymphosan Mk. 3.50, Perubondons 80 Pf. — Erhältlich in allen Apotheken, bestimmt Belle-Alliance-Apothek zum weißen Hirsch — Witten Apotheke (Postdamer Straße) — Apotheke zum gold. Hirsch (Lindenstraße) — Apotheke zum König Salomon (Charlottenstraße) und Prinzess-Victoria-Apothek (Berlin N., Volkstr. 26) Alleinherst.: Nymphosan A.G. Starnberg am See bei München. (607)



# 1928er Reford der Braunkohle.

## Kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne — bringen nur Nutzen.

Haben wir schon das Jahr 1927 als ein Refordjahr für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau bezeichnet, so gilt das für das Geschäftsjahr 1928 erst recht. Im vergangenen Jahr hatte der Braunkohlenbergbau nicht wie im Vorjahr seinen großen Strahl, sondern äußere Härte und eine stetige Aufwärtsentwicklung. Es standen zwar sehr weiträumige und wichtige Tarifverhandlungen zur Entscheidung, aber sie fanden ihre Erledigung durch ein Schlichtungsverfahren, in dem durch einen Schlichter die Arbeitszeit über Tage um eine Stunde in Etappen verfürzt und der Tarifdurchschnittslohn um 0,20 M. erhöht wurde. Durch die angenommenen bzw. für verbindlich erklärten Schlichterurteile sind die Arbeitsbedingungen für den Braunkohlenbergbau bis 30. November 1929 bzw. 30. November 1930 geregelt.

**Diese friedliche Beilegung der Arbeitsverhältnisse war natürlich für das Produktionsergebnis günstig.**

Ein Produktionsrückgang, wie er von den Arbeitgebern anfänglich der Verkürzung der Arbeitszeit vorausgesetzt wurde, ist nicht eingetreten, vielmehr ist die Richtigkeit der Auffassung der Gewerkschaften, daß durch eine Arbeitszeitverlängerung nicht notwendigerweise eine Produktionserminderung eintreten müsse, durch das Ergebnis des Jahres 1928 erwiesen. Ueber die Rohkohlenförderung und sonstige Produktion des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues in den einzelnen Vierteljahrsjahren 1928 gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

Zeitraum	Rohkohlenförderung	Bricksteinherstellung (in Tonnen)	Koks-erzeugung	Rohkohlen-trodenstaub-erzeugung
1. Vierteljahr	29 058 728	7 294 350	115 214	48 816
2. " "	26 228 140	6 811 637	120 172	44 494
3. " "	28 206 089	7 403 275	128 674	67 099
4. " "	29 854 619	7 151 579	136 764	83 656
Jahr 1928	113 347 576	28 660 841	500 824	244 065

Die Rohkohlenförderung ist von 102,6 Millionen Tonnen 1927 auf 113,3 Millionen Tonnen im Jahre 1928 gestiegen. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 10,4 Proz. Von der Gesamtförderung entfielen auf den Tagebau 99,6 Millionen Tonnen und auf den Tiefbau 13,7 Millionen Tonnen. Die Mehrförderung des Jahres 1928 entfällt ausschließlich auf den Tagebau. Der Tagebau hat eine Zunahme der Förderung von 12,4 Proz. gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, während bei dem Tiefbau ein Rückgang von 0,5 Proz. festzustellen ist.

Die Bricksteinherstellung stieg von 25,8 Millionen Tonnen 1927 auf 28,6 Millionen Tonnen im Berichtsjahr. Es ist mithin eine Steigerung von 11,6 Proz. eingetreten, die also noch größer war als die Steigerung der Rohkohlenförderung.

Die Koks-erzeugung stieg auf 500 824 Tonnen oder 13,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Bei der Erzeugung von Rohkohlen-trodenstaub ist die Produktion fast um das Dreifache gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Sie betrug 1927 82 813 Tonnen und 1928 244 065 Tonnen. Der Rohkohlen-trodenstaub findet eine immer größere Verwendung bei den Werken selbst als auch in der der Braunkohle benachbarten Industrie. In zwei Jahren wurde die Produktion verdreifacht.

### Neue Leistungssteigerung je Mann und Schicht.

Die Belegschaft hat sich leicht vermehrt. Die Zahl der Arbeiter betrug 1927 im Jahresdurchschnitt 75 266 Mann und stieg 1928 auf 77 588 Mann oder um rund 3 Proz.

Der Förderanteil je Mann und Schicht belief sich im Tiefbau 1927 auf 4,85 Tonnen und stieg 1928 auf 4,85 Tonnen. Im Gruben- und Abraumbetrieb hat er sich von 7,63 Tonnen 1927 auf 7,71 Tonnen 1928 erhöht. Gegenüber dem Jahr 1924 ist im

Gruben- und Abraumbetrieb eine Steigerung des Förderanteils von rund 66 Proz. zu verzeichnen.

Der Anteil je Mann und Schicht bei der Bricksteinherstellung hat sich von 607 Tonnen 1927 auf 6,49 Tonnen im Jahre 1928 erhöht. Gegenüber dem Jahr 1924 ist eine Erhöhung von 36 Proz. eingetreten.

Die Tariflöhne blieben bis zum Oktober unverändert und erhöhten sich von da ab eine Erhöhung um 0,20 M. pro Schicht. Die hauptsächlich verdienten Löhne stiegen von 7,08 M. im November 1927 auf 7,44 M. im November 1928.

Vom 1. Oktober ab trat eine Preiserhöhung ein, und zwar wurden die Preise für Brickstein von 14 M. auf 16 M. und für Rohkohle von 3,37 M. auf 3,60 M. pro Tonne erhöht.

### Rationalisierung noch lange nicht zu Ende.

Das günstigere Produktionsergebnis ist im wesentlichen durch eine weitere Rationalisierung der Betriebe erreicht. Auch das letzte Jahr hat gezeigt, daß die Möglichkeiten der technischen und organisatorischen Umstellung der Betriebe noch lange nicht völlig erschöpft sind. Die Rationalisierung erstreckt sich in erster Linie auf den Abraum als den größten Unkostenfaktor im Braunkohlenbergbau. In größerem Ausmaß wurden an Stelle veralteter und überholter Abbieg- und Rippvorrichtungen größere leistungsfähigere Abbiegeapparate eingeführt. Überwiegend wurden die kleinen Abraumwagen größeren Typen von Großraumwagen weichen. Abraumförderbrücken von gewaltigen Ausmaßen verrichten heute die Arbeit, die früher eine große Zahl Arbeiter zu leisten hatte. Die Rationalisierung des Abraumbetriebes hat eine bedeutende Senkung des Lohnkostenfaktors herbeigeführt; die entsprechenden Ersparnisse an Betriebskosten schwanken zwischen 30 und 50 Proz.

Im Tiefbau wurde die Leistung durch Transportbänder, Schräppermaschinen und Schlepharbeit enorm gesteigert. In den Tiefbaubetrieben in der Niederlausitz wurde durch Einführung der Schlepharbeit eine Leistungssteigerung bis zu 100 Proz. und dadurch Ersparnisse von 5 bis 20 Pf. je Tonne erzielt.

Die Zahl der Bricksteinpressen vermehrte sich um 6 Ein- und 33 Doppel- und eine Mehrdruckpresse.

Die Verschmelzung der Braunkohle nahm durch die Inbetriebnahme verschiedener neuer Schmelzeranlagen wesentlich zu. Die Vergasung der Braunkohle und das damit in Zusammenhang stehende Ferngasproblem steht noch in den Anfängen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Rationalisierung durch eine starke Zusammenlegung kleiner Betriebe zu Großbetrieben und Stilllegungen verschiedener Tiefbaugruben, zum anderen in weiterer Einführung technischer Neuerungen in der Gewinnung als auch Bewertung der Braunkohle sinntätig zum Ausdruck gekommen ist. Viele Millionen Mark wurden im Laufe des Jahres neu in Maschinen und Apparaten investiert. Das Kapital wurde meistens aus Betriebseinnahmen genommen und über Betriebskonten verbracht. Die Ausgaben des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues für 1928 sind deshalb als sehr günstig anzusehen.

### Isse-Bergbau bedeutend höhere Gewinne.

Aus der gestrigen Aufsichtsratsitzung der Isse-Bergbau-A.G. wird bekannt, daß diese bedeutendste der mittel- und ostdeutschen Braunkohlengruben beträchtlich höhere Gewinne verteilten wird als im Vorjahr. 1924 bis 1927 hat die Isse-Bergbau-A.G. jährlich 8 Proz. Dividende verteilt. Für das Jahr 1928 ist die Verteilung von 10 Proz. auf das Aktien- und Genussscheinkapital von über 60 Millionen Mark beschlossen worden. Die gute Produktionsentwicklung des Braunkohlenbergbaues scheint sich also auch nach außen in höheren Dividenden auszuwirken.

### Kohleverflüssigung ein Fehlschlag?

#### Die Lage des Chemietrusts.

In der außerordentlichen Generalversammlung der A. G. Farben Industrie A. G. ist die von uns schon mehrfach besprochene Kapitalerhöhung der Schweizerischen Tochtergesellschaft des Trusts, der A. G. Chemie-Basel, von 20 auf 250 Millionen Schweizer Franken beschlossen worden. Bei dieser Gelegenheit wurden auf Anfrage über die Lage und die Arbeitsverhältnisse der A. G. Farben wichtige Mitteilungen gemacht, bei denen sich die Kunst des Schweigens wieder bewährte, in der die A. G. Farbenleute ja eine unerreichte Meisterleistung bezogen.

Die Frage nach der Höhe der Umsätze des Trusts wurde mit der Begründung nicht beantwortet, daß man auf die ausländische Konkurrenz Rücksicht nehmen müsse. Ganz allgemein wurde nur wiederholt, daß die Umsätze gewachsen seien, die Geschäfte befriedigend verlaufen sind und daß man deshalb für 1928 einen günstigen Jahresabschluss vorlegen werde. Ob eine Erhöhung der 1927er Dividende von 12 Proz. erfolgen wird, wurde nicht gesagt. Nur die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten wurde mit rund 114 000 angegeben, was gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung um 6000 Mann bedeutet.

Interessant und bedeutsam ist, daß bei einer Fragestellung über den heutigen Umfang der Kohleverflüssigung der Ziffer von 30 000 Tonnen für das Jahr 1928 nicht widersprochen wurde. In einer früheren Mitteilung wurde gesagt, daß man 100 000 Tonnen für 1928 zu erreichen hoffe. Nun konnte man im Laufe des vorigen Jahres schon mehrfach hören, daß bei der Kohleverflüssigung der A. G. Farben liegen nicht Gasse; einmal hätten wir sagen, die Beuno-Anlagen seien still. Es wäre also denkbar, daß in der Tat die Möglichkeiten der Kohleverflüssigung überschätzt worden sind. Denkbar wäre allerdings auch, daß Abkommen mit internationalen Kartellpartnern in der Richtung, mit Rücksicht auf die große Depressionslage der Welt zunächst das Angebot von synthetischen flüssigen Kraftstoffen nicht weiter zu erhöhen. Klarheit über diese Dinge wäre aus volkswirtschaftlichen Gründen lebhaft zu ersehnen.

### Das Reich baut seine Kassenmittel auf.

Reichsfinanzminister Dr. Hüfner hat im Januar von den großen Schwierigkeiten gesprochen, denen das Reich für die Beilegung der erforderlichen Kassenmittel besonders zum 1. April entgegenstehe. Er bestätigte den voraussetzlichen Bedarf an Kassenmitteln zum Beginn des neuen Haushaltsjahres auf eine Milliarde Mark. Die wichtigste Quelle des Reiches zur Beschaffung der Mittel für den Kassenbedarf, die gefehlt von der Reichsbank zu disponieren den 400 Millionen Reichsmarkwechsel mit dreimonatiger Lauf-

zeit, ist bereits in Anspruch genommen. Wie gemeldet wird, hat durch Vermittlung der Reichsbank eine Gruppe von Groß- und Privatbanken einen Betrag zwischen 100 und 150 Millionen Reichsmarkwechseln übernommen, um den Gegenwert der Reichskassen zur Verfügung zu stellen. Die Laufzeit der Wechsel soll sieben Monate betragen; als Verzinsung wird der sehr hoch scheinende Satz von 7 bis 7½ Proz. genannt.

Man wird die Bestätigung dieser Mitteilung, besonders in ihren Einzelheiten, noch abwarten müssen. Jedenfalls ist die Inanspruchnahme kurzfristigen Kredits durch das Reich für Kassenzwecke ein normaler und auch volkswirtschaftlich durchaus einwandfreier Vorgang, da es sich nur um Geldbeträge zur Verstärkung der Kassenhaltung handelt, nicht aber um irgendwelche Ausgaben, die nicht etwa schon durch Steuern gedeckt wären.

### Höhere Hypothekengewinne.

#### Abkässe der Berliner und Deutschen Hypothekendank.

Die große Nachfrage nach Realcredit, die im letzten Jahre einen noch größeren Umfang als 1927 angenommen hatte, hat den Hypothekendanken, wie aus den bisher schon veröffentlichten Abkässen für 1928 zu ersehen ist, fast durchweg vergrößerten Umfang und entsprechend höhere Gewinne gebracht.

Die Berliner Hypothekendank, die außer dem privaten Hypothekengeschäft auch ein starkes Kommunalkreditgeschäft unterhält, erzielte aus Zins-einnahmen ihrer Hypotheken 9,6 gegen 7,0 Mill. M., während ihre Zinsausgaben für Goldpfandbriefe und kommunale Goldschuldverschreibungen sich von 6,0 auf 8,0 Mill. M. erhöhten. Trotz der beträchtlichen Geschäftsausdehnung, die aus diesen Ziffern ersichtlich ist, wuchsen die Unkosten nur von 0,82 auf 0,65 Mill. M. Der Reingewinn stieg von 700 000 M. auf rund eine Million, so daß auf das erhöhte Kapital von 5,0 gegen 3,0 Mill. M. im Vorjahre die gleiche Dividende von 12 Proz. gezahlt werden kann. Die Reserven der Gesellschaft erhöht sich durch Ueberweisung des Mehrertrages aus der Kapitalerhöhung und der Aufwertungs-gewinne auf 3,0 Mill. M. und stellen somit 60 Proz. des erhöhten Kapitals dar.

Der Umfang im Pfandbriefgeschäft stieg um 13,4 auf 87,6 Mill. M., so daß die Entwidlung hinter der des Vorjahres, das eine Steigerung von 15,0 Mill. M. aufwies, etwas zurückblieb. Dagegen übertraf die Umsatzsteigerung im kommunalen Kreditgeschäft mit 13,9 gegen 4,1 Mill. M. die Zunahme des Vorjahres um mehr als das Dreifache. Der Gesamtumsatz hat sich demnach nur durch Barverkauf um 27,4 auf 121,7 Millionen erhöht.

Eine gleichfalls sehr harte Entwidlung hat die Deutsche Hypothekendank A. G. in Berlin hinter sich, die auf das von 3,0

auf 3,0 Mill. M. erhöhte Aktienkapital sogar eine Heraushebung der Dividende von 10 auf 11 Proz. vornimmt. Der Reingewinn ist mit 1,35 Mill. M. um fast 65 Proz. gestiegen. Während bei diesem Unternehmen der Hypothekensumachs nur 24 gegen 34,6 Millionen beträgt, hat der Zuwachs an kommunaldarlehen sich mit 10,2 Mill. M. um das Zwanzigfache erhöht. Der Geschäftsbericht dieses Unternehmens sieht noch aus.

### Wie der Landbund blüht.

#### Um mit falschen Steuerzahlen Eindruck zu machen.

Im Februar 1924 wurde zahlenmäßig und in großer Aufmachung vom Landbund der Provinz Sachsen behauptet, der Gesamtbeitrag der landwirtschaftlichen Betriebe pro Hektar würde im Jahre 1924 in der Provinz Sachsen durchschnittlich nur 19,8 M. betragen. Die Steuerbelastung würde davon für 1924 nicht weniger als 71 M. pro Hektar verfallen.

Nachdem vom Enquete-Ausschuß inzwischen die Uebersichten veröffentlicht sind, ergibt sich daraus, daß der Rohertrag im Jahre 1924 in der Provinz Sachsen über 600 M. pro Hektar betragen hat. Die gesamte steuerliche Belastung betrug in der Provinz Sachsen aber nur 43 M. pro Hektar. Nach der Landbundesrechnung hätten also die Steuern im Jahre 1924 36 Proz. des Rohertrages verfallen. Nach dem Enquete-Ausschuß waren es aber im Jahre 1924 nur 7 Proz. des Rohertrages.

Die Ostpreussische Landwirtschaftskammer (vormals Landbund, im übrigen eine Behörde) gab im Jahre 1925 eine Schrift heraus, betitelt „Bilder zur Lage der ostpreussischen Landwirtschaft“. Nach einer darin enthaltenen Aufrechnung wäre ein ostpreussischer Landwirtschaftsbetrieb im Jahre 1924 wie folgt insgesamt mit Steuern belastet gewesen:

bei gutem Boden mit . . . . .	55,80 M. pro Hektar
„ mittlerem Boden mit . . . . .	32,40 „ „ „
„ geringerem Boden mit . . . . .	19,92 „ „ „

Nach der Veranschaulichung des Enquete-Ausschusses war die Steuerbelastung in Ostpreußen aber nicht so hoch. Bei 78 Betrieben mit rund 150 000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche betrug die gesamte steuerliche Belastung im Wirtschaftsjahr 1924/25 nur

bei gutem Boden . . . . .	21,30 M. pro Hektar
„ mittlerem Boden . . . . .	13,10 „ „ „
„ geringerem Boden . . . . .	12,60 „ „ „

Das ist auch ein großer Unterschied, wobei noch zu beachten ist, daß die Betriebe mit gutem Boden am besten abzukommen, das heißt viel weniger Steuern zahlen als von einer öffentlich-rechtlichen Stelle, der Landwirtschaftskammer, in falscher Weise behauptet wurde.

Es heißt also weiter gegenüber den offiziellen und den nicht offiziellen Landbundesstellen: Augen auf!

### Sechs Milliarden Kilowattstunden.

Der Landtag des Landes Salzburg hat beschlossen, zur Durchführung einer von der A. G. B. Berlin ausgearbeiteten Idee eine Gesamtanwendung der Wasserkraft der hohen Tauern (Ostalpen) gemeinsam mit dem genannten Berliner Konzern eine Studiengesellschaft zu gründen. Das Projekt will für den Energiebedarf in erster Linie die billigeren Wasserkraftwerke beanspruchen. Im Bezirksamt der Ostauern sind ungeheure Kraftmengen ausgenutzt vorhanden, die vorsichtig auf wenigstens 15 Milliarden K. W. St. Rohenergie geschätzt werden können.

Die Untersuchungen ergaben, daß an drei Stellen der Tauern geeignete Speicher für die Energieerzeugung angelegt werden können. Ihre Gesamtjahresarbeit kann auf 6,6 Milliarden K. W. St. und nötigenfalls noch weiter gesteigert werden. Als Maßstab für diese ungeheuren Mengen kommen Oesterreich und Deutschland in Frage. Die gigantische Größe der Anlage wird am besten durch folgenden Vergleich deutlich: Während das Walchenseekraftwerk in einer Zentrale rund 200 Millionen K. W. St. erzeugt und die Gesamtjahresleistung des Oberbairns von Konstanz bis Basel in 10 bis 14 Werken etwa 1,4 Milliarden K. W. St. erzeugt, würde die Salzburger Alpenkraftkraft in drei Werken zumindest 5 bzw. 6,6 Milliarden K. W. St. produzieren.

Wieder höhere Reichsbahn-einnahmen im Dezember. Die Reichsbahn-gesellschaft gibt bekannt, daß im Dezember 1928 die Einnahmen den Betrag von 427 Millionen Mark erreicht haben. Schon im November waren die Einnahmen nicht unbedeutend gestiegen. Der Dezember bedeutet gegenüber November eine weitere Steigerung um 14 Millionen Mark. Der Personalstand der Reichsbahn belief sich Ende Dezember auf 671 732 Köpfe gegenüber 712 655 Ende November. Der Januarerwerb hat unter der R. A. L. gelitten. Es wurden zwar mehr Kohlen, Düngemittel, Brotgetreide und Mehl gefahren, doch blieb der entsprechende Versand hinter dem Januar des Vorjahres etwas zurück. Die R. A. L. hat besonders den Verkauf von Kartoffeln und Zement beeinträchtigt. Insgesamt wurden gegenüber Januar v. J. 4,7 Proz. weniger Wagen gestellt.

Eine Großpleite in Rheinland-Westfalen. Die zu einem Konzern vereinigten Textilfirmen Heinrich Rühl, Köln und M. Rothmann u. Co. in Belsenkirchen, denen 60 Detailgeschäfte angeschlossen sind, haben Zahlungsschwierigkeiten. Zwanzig Millionen Mark Bank- und Warenforderungen (Deutsche Bank, Commerz- und Privatbank, Bormer Bankverein, Kölner Sparkasse sowie Bielefelder Firmen) stehen im Feuer. Die Ursachen der Schwierigkeiten sollen in der Größe der Borräte und der zu weitgehenden Kreditgewährung liegen, bei denen auf die Entwidlung der Wirtschaftslage scheinbar keine Rücksicht genommen wurde.

Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat gibt seinen Gesamtabsatz, Koks und Brickstein in Kohle umgerechnet, für den Monat Januar mit 6 516 Millionen Tonnen an. (Dezember 1928 = 5 772 Millionen.) Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt 1,5 Proz., während sich gegenüber demselben Monat des Vorjahres eine Verminderung von 1,65 Proz. ergibt. Aus befristetem Gebiet gingen 3 117 Millionen Tonnen gegenüber 2 79 Millionen Tonnen im Dezember 1928.

Auslandsanleihen für Wohnungsbau? Das amerikanische Baufinanzierungsbüro G. B. Ervoss u. Co. verhandelt mit der Leipziger A. G. für Haus- und Grundbesitz über eine 7prozentige Zweimilionen-Dollar-Anleihe zur Errichtung von 1300 Wohnungen in Leipzig, die von der Firma Philipp Holzmann A. G. gebaut werden sollen.

Die Richtungsänderung des amerikanischen Kapitalstromes. Die Kreditgewährung der Vereinigten Staaten an lateinamerikanische Regierungen, Provinzen und Städte weist in den letzten Jahren zum Nachteil europäischer Länder eine starke Steigerung auf. Nach Angaben des Handelsamtes in Washington sind im vergangenen Jahre am Kapitalmarkt der Vereinigten Staaten für 345 Mill. Dollar lateinamerikanische Staats-, Provinzial- und Kommunalanleihen untergebracht worden, gegen 331 Mill. 1927 und nur 117 Mill. Dollar 1924. Dagegen ist die Kreditgewährung Amerikas an alle anderen ausländischen Staaten, Provinzen und Städte von 814 Mill. Dollar 1924 auf 583 Mill. 1927 und 307 Mill. Dollar 1928 zurückgegangen.



## Grenzen der Abhärtung

Dr. K. R. T. Dozent an der deutschen Hochschule für Verhaltens-  
Erfors., nimmt einige Vorfälle aus der jüngsten Zeit zum Anlaß, vor  
der allgemeinen Ueberhärtung des Begriffs „Abhärtung“ zu warnen.

„Was? Zu kalt? Zu heiß? Und wo bleibt die Abhärtung?  
Abhärtung... Es ist ein Unglück, daß die beste Erkenntnis,  
wie sie nur zu einem handlichen Schlagwort geprägt, rasch in Um-  
lauf kommt, zu einer Münze von zweifelhaftem Wert wird. So  
glauben viele und wollen andere glauben machen, daß Abhärtung  
das Ziel habe, dem Körper alles und ohne Bedenken zuzutrauen.

Wäre es anders, so hätte sich beispielsweise der eigenartige Un-  
fall eines Badeläufers nicht ereignet, der jüngst bei 15 Grad Kälte  
einen Lauf durch den Brunnenwall — barfuß — zu unternehmen  
für richtig fand. Eine schwere Ohnmacht hatte diesem geradezu  
selbstmörderischen und der Sache des Sports schädlichen Rekord-  
verfuch ein vorzeitiges Ende bereitet.

Das Wissen um die Komplexiertheit jener körperlichen Funk-  
tionen, die dabei im Spiele sind, müßten, denke ich, genügen, um  
an Stelle der häufig zu beobachtenden Bedenkenlosigkeit die größte,  
selbstverantwortungsbewußte Vorsicht treten zu lassen. (Freilich,  
es wird immer Leute geben, die die Grenze zwischen Mut und Toll-  
fährtheit nicht sehen, nicht sehen wollen!)

Lassen Sie mich bitte daran erinnern, daß der menschliche Kör-  
per, dessen Eigenwärme etwa 36,5 Grad beträgt, durch Temperatur-  
unterschiede von nur wenig Grad schon auf das Schwerste be-  
droht ist und dieser Tatsache das Phänomen gegenüberstellen, daß  
er, wie in der jetzigen Frostperiode, Temperaturschwankungen von  
40 und 50 Grad ausgesetzt wird! Ohne jeden Hebergang! Sie  
brauchen bloß aus Ihrem Zimmer mit einigen 20 Grad Wärme  
auf die Straße mit ebensofehlen Minusgraden zu treten und um-

gekehrt, also was jeder von uns jetzt täglich muß! — Und daß wir  
das ertragen können, ja, im Vergleich mit diesen starken Kontrasten  
immerhin leicht ertragen können, haben wir unserer Haut zu danken.  
Ihr ablegt es, über die Beständigkeit unserer Körpertemperatur  
zu wachen, sie verfährt aber auch über die Nacht, Untertemperaturen  
zu verhindern. Wegen zu große Wärmeansammlung befißt sie ein  
Sicherheitsventil: Ihre Schweißdrüsen treten automatisch in Funk-  
tion, der Körper transpiriert.

Viel aktueller aber ist ja zurzeit die Gefahr, die der Frost mit  
sich bringt und der zum Teil schon dadurch begegnet wird, daß die  
im Körper produzierte Wärmemenge durch reichlichere Nahrung,  
besonders an Fett und Kohlehydraten, größer ist, als in der warmen  
Jahreszeit. Und mit dieser Wärme versteht die Haut in der Weise  
hauszuhalten, daß sich die Poren verengen, der Blutzufluß gehemmt  
wird und sie so isolierend gegen die Lufttemperatur wirkt, frei-  
lich, ohne schützender Kleidung entziehen zu können. Wachen Sie  
sich — auch in der größten Kälte viel Bewegung, so wird die Mus-  
kulararbeit weitere Wärmemengen produzieren, es wird Ueberhitzung  
eintreten — darauf ein Schweißausbruch, der wieder regulierend  
wirkt ist.

Und diese Hautfunktion zu verbessern, sie vor Schädigungen  
zu bewahren, ist das Ziel der Abhärtung gegen Störungen durch  
Temperaturschwankungen. Es kann natürlich nur innerhalb der  
Grenzen erreicht werden, die durch die Feinheit und leichte Reiz-  
barkeit eines Organs, wie es die Haut ist, gezogen werden.

Also Vorsicht, Vorsicht! Der Badelauf, barfuß bei minus 15  
Grad, war eine Herausforderung an die Gesundheit. Die Haut hatte  
prompt durch Einstellung ihrer Tätigkeit, der Umzug, die die  
schwere Ohnmacht zur Folge hatte, reagiert.

## Prinz Karneval am Mittelmeer

San Remo und Mentone, Monte Carlo und Beauvau, Nizza,  
Juan-les-Pins und Cannes. Sie erinnern in des neuen Jahres  
ersten Wochen an die sieben griechischen Städte, die sich um die Ehre  
stritten, der Geburtsort Homers zu sein! Mit mondänen Festen und  
glanzvollen Veranstaltungen machen sie sich dann die Palme streitig,  
die der seit Jahrhunderten vom Kreise der Fröhlichen anerkannter  
Fürst mit dem Narrenzepter in die Hand seiner Favoritin legt. Ein  
friedlicher und dennoch tollpörliger und heißer Kampf, von dessen  
Ausgang die Prosperität der privilegierten Klasse mehr  
oder weniger abhängig ist!

Schon mit dem Dreikönigstage hebt es an. Die Remagi  
erscheinen auf den Alkoholfestivals, deren Rolle hier von jeder zugäng-  
lichen Häuserwand übernommen werden kann, und die Schönsten  
unter den Schönen bieten den zahlungstrüffigen Fremden mit  
liebenswürdigstem Lächeln in Casinos und Hotels den Chateau  
des Rois!

In den Spielfeldern drängen sie sich. Bei Bac und Roulette,  
Travie et Quorante und Chemin de fer schließen die Säge in die  
Hähe, denn die Welt, in der man sich langweilt, ist nun vollzählig da.  
Berlin und Paris, Wien und London, New York und San Fran-  
zisko, Madrid und Buenos haben ihre Creme de Creme an den  
Füssen von Monaco gespült... das Fest hebt an.

Mutter Sonne, die des Anfangs ab und zu noch ein wenig  
griesgrämig war, bestirnt sich plötzlich auf ihre Pflichten. Schon  
schwebt sie der Frühling auf unsichtbaren Flügeln durch die flirrende  
Luft.

Die Orangen reifen, die Mimosen blühen, das Veslchen schlägt  
das blaue Auge auf, und die Kiste erglänzt. Schwere Rosen neigen  
das duftende Haupt. Der Mandelblüte setzen Knospe springt.

Die Dattelpalmen verneigen sich, feierlich, zeremoniell, in langen,  
grünen Fräcken, wenn der Wind von See kommend über ihre Wedel  
zieht. Dann ist die Einzugsstunde für Prinz Karneval, der hierzu-  
lande fast identisch mit Prinz Venz ist, wieder da!

Was eine schier verschwenderische Natur zu tun noch übrig ließ,  
ergänzt mit vollendetem Raffinement des Menschen Kunst. Die des  
Koches und des Kellermeisters, des Schneiders und Friseurs, der  
Modistin und der Pianistin, des Schmieders und des Konditors.  
Fahnenmasten und Tribünen werden allerorts errichtet, soll doch der  
lange Weg von San Remo bis Cannes in der Hochsaison eine einzige  
Triumphstraße sein.

John Henry Wadag, der deutsche Dichter mit dem englischen  
Namen, erlangt in seinen besten Jahren die Strapaze, die hier im  
Glanze der Sonne in diesen Wochen des Vorfrühlings und der Fast-  
nacht unsichtbar als Willkommenruß über jeder Haustür steht:

„Dies ist a Wanderer, die Kinnara,  
Hier breite die Arme nach links und nach rechts,  
Du flehst von Nizza bis Bordighera  
Das Paradies des Menschengeschlechts!“

Mittelpunkt ist und bleibt Nizza, die Groß- und Luxusstadt mit  
dem ewigen Frühling am kobaltfarbenen Meer, das Paris des  
Südens, die Circe, die, von Jahr zu Jahr wachsend, mehr und mehr  
der Laufende aus allen Ländern heider Hemisphären in ihre Reize  
verstrickt.

Seine Avenue de la Victoire ist nun einmal die idealste Eingangs-  
straße für Venz und Karneval auf der ganzen Welt. Sind ihre hohen  
Platanen freilich im Februar auch nach ihres Blätterstümmes be-  
raubt, Palmen und Mimosen, Pfefferbäume und Ragnosien winken  
ihre aus der Ferne in bunter Fülle, und durch die Straßen der Un-  
vergleichlichen zieht schier atembrechend der Edelstolz herauschen-  
der Duft. Konfetti und Papierschlängen lenken sich auf die kalten  
Keste der Bäume hernieder, und von den Balkons der Häuser regnet  
es Blüten allüberall. Das Wort des Faust aus dem Osterspaziergang  
wird hier Lügen gestraft. Denn nicht fehlt es an Blumen im Revier,  
und dazu hat es gepuderte Menschen die Hüfte und Hüfte.

Die sind auf den Beinen schon in früher Morgenstunde und ganz  
gegen des Nizzarden Gewohnheit, wenn Prinz Venz in Gestalt des  
Karnivals seinen Einzug hält. Will man doch sehen und gesehen  
sein! Und wer zerpfülte solchen Augenblicks in solcher Sonne in  
nackter Säge und Warte? Wer zählte trocken Lones all' die Wunder  
auf, die sich hier entsalten? Er wäre ein Bedau' sondergleichen; was  
da tanzt und verschwindet, ist wie ein schöner Traum! Eine Faic  
Morgana!

Berge klingen der Scheidenden nach, eine Hoffweise in des  
Südens sonorem Argot, die sich in keine andere Sprache übersetzen  
läßt. Von ihr widerhallt die ganze Stadt, die Küste und das Meer  
summen sie leise mit, sobald sich die Nacht von tausend burten Lämp-  
chen durchfließt über die Felsen sentie und der Dancung seine Lore  
welt geöffnet hat. Edward Eilgebauer.

## Friedrich Wolf: Zusammenhänge

Nach in der Nacht tief man mich zu dem Vollyhauptmann V.  
Seit drei Wochen hatte sich sein altes Leiden wieder gemeldet.  
Schumpfiniere. In den ersten fünf Tagen heftiges Rosenbluten bei  
hohem Druckpuls. Als dieser natürliche Wechsel versagte, mußten  
wir dreimal die Niere öffnen.

Schließlich zog doch eine Urdämie herauf. V. warf sich eine  
Woche in Krämpfen; er phantasierte in diesem furchtbaren Stief-  
stausch des Blutes das ganze Erlebnis des Krieges noch einmal  
herunter. Dann ließen die Anfälle nach; Herzschwäche und Stauung  
traten ein.

In jenem Stadium hatte ich Hochlagerung der geschwollenen  
Füße angeordnet.

Kann miten in der Nacht löst er mich holen.  
Er in Hesse seine Füße aus dem Bett hängen — die Schwester  
hatte es achnungsgemäß verweigert —, seine Beine seien auch  
leberde Wesen und hätten ihren Willen. Er verklammert meine  
Hände. Wir haben seine geschwollenen Glieder über den Bettrand.  
Keine Decke darf darauf. „So... in die freie Luft!“ flücht er und  
wird ganz ruhig.

Der schwere Mann ist wie ein Kind. Er zittert vor Schwäche.  
Ich nehme seine Beine und halte sie ein wenig. Er nickt mir zu.  
Wie oft hielt ich draußen in den „Redemanns“ Flanden und der  
Sommerhochzeit die Beine von Sterbenden, denen hierbei leichter  
wurde. Und plötzlich jängt auch V. zu reden an, während er starr  
auf seine unförmig geschwollenen Beine blickt.

„Doktor, ob es Zusammenhänge gibt?“

„Womit?“

„Nicht mit dem Jenjens, haben Sie keine Angst! Aber ich war  
immer ein Bekimarr... von der Fessel des Gauls bis zum Sprinter  
und zum Weib. Beine konnten mich auspulvern, begeistern, fanati-  
sieren... Sie wissen, ich lief noch bis vor kurzem morgens eine  
Straße...“

„Und überhätten sich!“

„Sehen Sie... und weil ich jetzt diese Elefantentollen da  
hinaushängen muß, ich, der doch immer, gerade ich... ob da  
nicht Zusammenhänge vorliegen, Verküpfungen... hören Sie!“  
flüstert er und schaut sich um.

Die Schwester ist hinausgeschickt.

Er fährt fort: Wenn Sie wähen... poffen Sie auf... das  
erste Mal flüchte ich mich wegen vier Hirteläufen ins Schlamassel.  
Schaden, „Mogela“ hieß das Vieh, dabei war sie drahtig im Span,  
doch herrlich im Weistalspiel... ich bin ein Augenmenschen, begreifen  
Sie doch... wer hat mir Augen gegeben, was? Soll ich sie mir  
herausreißen oder dauernd wegsehen? Erledigt. Aber worauf ich  
hinaus will: Als junger Oberleutnant startete ich mit meiner Frau  
und ihrer Freundin Gien eine Gletscherwanderung über den Rade-  
stock... Sommer... alles besetzt; wir waren froh, abends ein  
verlassenes „Maidl“ zu finden. Die Frauen sollten oben schlafen,  
ich wie ein Wachhund im Vischitz den Wachen neben der Tür. Ge-  
nehmigt. Vor Uebermüdung Schlaf unmöglich, niesselt auch die  
Bombenabwondmacht. Kurzum, auf einmal geht etwas die Stöße  
hinunter, ins Freie... ich denke meine Frau, sie schaut die Berge  
im Rand... poff auf, Wie, daß du nicht über die Himmelsteiler

kolperst... strecke ich im Uebermut mein Bein quer zwischen die Tür  
... da sehe ich Gien, die blonde Gien; ich konnte mein Bein nach  
zurücknehmen, doch ich mochte es nicht. Gien stürzte mit einem kaum  
hörbaren Schrei und hielt sich an meiner offenen Tür.

Ich sah Gien noch nie so schön.

Kann es sein, daß gerade die Erschöpfung alle Spannung  
sprengt, Doktor... Sie brauchen nicht zu antworten, ich habe nicht  
viel mehr zu sagen. Wir lagen dreieinander und ich genoh nur Ihre  
geschmeidigen, kräftigen Beine. Ich glaube, man kann mit der Haut  
sehen...“

Er schaut sich an die Kette.

„Bassen Sie... begreifen Sie doch... wir lagen stenos  
still, nebeneinander... sie war die Herzogsfreundin meiner Frau,  
sie achteten einander über die Wachen... wie ist das möglich...  
und doch empfanden wir kein Schuldgefühl, und ich kam mir nicht  
vor wie ein Schuft... das heißt, auf einmal höre ich droben auf der  
Treppe ein leises Geklein, ich wachte, es geschieht etwas... auch  
Gien lag wie ein Stein...“

Meine Frau ist aufgewacht und sieht nach Gien... sie wird  
jetzt herunterkommen, mich wecken, zum Rüschen aufstehen...  
sie wird an unser Bett treten, ein Entrinnen ist unmöglich...“

Ich ertrage diese Sekunden vor der Hinrichtung nicht mehr, ich  
drehe mich zur Tür, aufzusehen... da sehe ich droben durchs  
Sproßgitter der Treppe die Füße und Unterschenkel meines Weibes,  
und ich fühle aus der Stellung und dem Ausdruck der Beine...  
glauben Sie es oder nicht! — Ich fühle, nein, ich erkenne, daß sie  
alles weiß! Diese Beine in ihrer Zartheit und Gespantheit hatten  
eine solche Sprache von Staunen, Jörn und Schmerz, daß ich wie  
gelähmt da lag, nur immer auf das Spiel dieser Muskeln und  
Sehnen sehen mußte...“

Nach wenigen Sekunden wandten sich die Füße und verschwanden  
in der Kammer. Wortlos ging auch Gien. Wir haben über diesen  
Vorfall, so offen wir sonst alles Schwierigste besprochen, nie ein  
Wort verloren...“

Erschöpft legt er sich zurück. Ich hebe meine bleischweren Glieder  
nach.

„Ob es Zusammenhänge gibt?“ fragt er mich später. „Ob nicht  
jedes Verborgene doch herauswilt? Bitte, decken Sie meine Beine  
auf, ganz auf... Luft muß heron, Luft...“

Ich erfülle ihm auch diesen Wunsch.

Er starb in der gleichen Nacht.

## Kaffeekochen als Kunst

Wenn das Familienoberhaupt des Morgens sein Schlafzimmer  
verläßt und ihm auf dem Wege zum Wohnzimmer bereits ein würziger  
Kaffeestrauch entgegen schlägt, dann sollte es nicht das köstliche Aroma  
freudig in die Nase eingehen, sondern sollte sich vielmehr darauf  
vorbereiten — einen schlechten Kaffee zu bekommen. Denn der  
Kaffeestrauch, der den Korridor erfüllt, hat ja dort nicht das geringste  
zu tun, sondern er ist dem dunklen Gebräu entzogen worden, in das  
er eigentlich gehört. Der Professor der Biologie und öffentlichen  
Gesundheitslehre am Technischen Institut von Massachusetts, Dr.  
Samuel C. Prescott, der sich drei Jahre lang und unter Be-  
nutzung des ganzen technischen Apparats seines Instituts dem  
Studium der Kaffeebereitung gewidmet hat, sagt uns darüber:  
„Wenn man zum Frühstück kommt, kann man sofort sagen, ob der  
Kaffee gut gemacht ist oder nicht. Ist das Haus mit einem Kaffe-  
duft erfüllt, dann ist der Kaffee schlecht getocht.“

Prescott ist zu seinen gründlichen Forschungen durch die Beob-  
achtung veranlaßt worden, daß man in den Vereinigten Staaten in  
den allermeisten Fällen keinen richtigen Kaffee, sondern ein dünnes,  
scharf schmeckendes Gebräu zu sich nimmt, das den Chronikern des  
Kaffees nicht verdient. Das gleiche wird man kühnlich auch von dem  
Kaffee behaupten dürfen, den man bei uns trinkt, denn es gibt nur  
wenige Bitter, wie z. B. die Türken und Araber oder die Dester-  
reicher, die es in dieser Kunst zu einer hohen Meisterschaft gebracht  
haben. Man wird dem Gelehrten recht geben, wenn er sagt, daß  
kaum bei einem anderen Genussmittel, das in so ungeheuren Mengen  
von der ganzen zivilisierten Menschheit genossen wird, so schwere  
Fehler bei der Zubereitung gemacht werden. „Die Natur hat die  
wundervollsten Eigenschaften in die Kaffeebohne gelegt“, sagt er,  
„aber der Unerfahrene des Menschen ist nicht imstande, diese Köstlich-  
keiten zur vollen Entfaltung zu bringen.“ Falsch ist es, dabei der  
Güte des Kaffees die Hauptschuld zuzuschreiben. Prescott hat bei  
seinen Versuchen alle Kaffeefaktoren bemittelt, die überhaupt zu erhalten  
sind, und er hat festgestellt, daß man aus jedem Kaffee ein gutes  
Gebräu herstellen kann, wenn man die Sache richtig versteht.

Bei der richtigen Zubereitung ergibt sich auch noch keinen Beob-  
achtungen, daß der Kaffee keine schädlichen Wirkungen auszuüben  
vermag. Vor allem verurteilt er die Verwendung von Metall-  
gefäßen; dadurch wird dem Kaffee ein „metallisches Gift“ be-  
gefügt, das den scharfen, herben und unangenehmen Geschmack her-  
vorruft. Man muß den Kaffee in einem gläsernen oder irdenen  
Topf kochen und den Kaffee jedesmal frisch mahlen; er muß fein  
gemahlen werden, darf aber nicht Pulverform annehmen. Hartes  
oder alkalisches Wasser ist zu vermeiden. Unter diesen Voraus-  
setzungen empfiehlt der Gelehrte das folgende Rezept: „Für jede  
Tasse Kaffee nimm einen gehäuften Teelöffel von frisch gemahltem  
Kaffee und lege ihn in ein durchlöcheriges Behältnis im oberen Teil  
des Topfes. In einem anderen Gefäß wird Wasser getocht, und zwar  
etwas mehr, als die gewünschte Zahl der Tassen ausmacht. Wenn  
das Wasser kocht, soll man es auf einer Temperatur erhalten, die  
einige Grade unter dem Siedepunkt liegt, und dann das Wasser  
langsam durch das durchlöcherige Behältnis, das den Kaffee enthält,  
gießen. Wenn das Wasser ganz durch den Kaffee hindurchgegangen  
ist, ist das Gebräu fertig und hat gerade die Temperatur, die zum  
Trinken die beste ist. Man darf das Wasser nicht mehrmals durch  
den Kaffee gießen.“

Zu dieser wealen Form der Kaffeebereitung ist Prescott noch  
Bemerkungen gekommen, die er mit zahlreichen Personen anstellen.  
Er hält eine „Prüfungskommission“, die aus den verschiedensten  
Kreisen bestand; keiner der Prüfenden mußte, daß er zu einem  
Experiment benutzt wurde. Wenn auch nur etwas kochendes Wasser  
nerventet wurde, dann ergab sich ein harter bitterer Geschmack, und  
wenn mehr kochendes Wasser aufgegeben wurde, dann zeigte sich  
ein holziger Geschmack. Ebenso wurde Kaffee, der in Metallgefäßen  
getocht war, als übermäßig empfinden. Die beste Temperatur  
des Wassers wird mit 90 bis 95 Grad Celsius angegeben. Im besten  
Schmack der Kaffee, der in einem gläsernen Gefäß zubereitet war.



